

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1921

159 (12.7.1921)

Die Leipziger Urteile und die Franzosen Wo bleibt die Aburteilung der französischen Kriegsverbrecher?

Die nationalistische Presse in Frankreich lobt und hebt gegen Deutschland. Aber endlich werden ihre auch französische Verbrechen vorgehalten.

Im „Populaire“ vergleicht Leon Blum den Leipziger Fall mit den Befehlshabern, die Gouttenoire de Toury gegen einen französischen General erhoben hat. Er erinnert daran, daß Major Grunius sagte, er müsse die Befehle seiner Vorgesetzten ausführen, und daß der Vorsitzende ihm erwiderte, er sei nicht verpflichtet gewesen, einem solchen Befehl zu gehorchen. „Wie soll der Soldat erkennen, welchem Befehl er zu gehorchen hat und welchem nicht?“ fragt er, „ob französischer oder deutscher Soldat! Entweder gibt es den passiven Gehorsam des Militarismus oder es gibt ihn nicht! Das Gesetz Barthou, das die antimilitaristische Propaganda betrifft, würde sogar in Frankreich die Journalisten verfolgen können, die gegen solchen blinden Gehorsam protestieren.“

Gouttenoire de Toury selbst erzählt in der „Humanité“ einen parallelen Fall. Am 24. September 1914, als der französische General Martin de Bouillon den Befehl gegeben hatte, keine Gefangenen zu machen, und als der Hauptmann d'Estret vom 25. Jägerbataillon der 13. Division diesen Befehl wiederholte, habe ein französischer Soldat einen Deutschen, der sich ergeben wollte und um sein Leben bat, weil er Vater von sechs Kindern sei, erst verwundet und dann erschossen. Zur Entschuldigung führt der Angezogene, der diesen Fall erlebte und Namen und Adresse unterzeichnet, in seinem Brief an Gouttenoire de Toury an, daß die Soldaten vor dem Kampf eine große Menge Alkohol erhalten hätten, so daß sie berauscht waren. Gouttenoire de Toury sagt, der Skandal, über den sich die Boulevardpresse entzündete, liege nicht anders, als der oben angeführte Fall, da die einseitige Verpflichtung zur Verurteilung der Schuldigen eine Verletzung höherer Gerechtigkeit war. Ein Skandal wäre es vielmehr, daß die große Presse die Angelegenheit, die er gegenüber einem französischen General erhoben habe, mit Schweigen übergehe.

Von einem anderen Augenzeugen, Noel Garnier, und von einem ungenannten Soldaten wird eine noch weit schwerere Beschuldigung erhoben. Der General Martin de Bouillon war verhaftet worden, weil er gegen seine eigenen Leute brutal war und sie nutzlos hinopfern ließ. Vor dem letzten Kampfe am Chemin des Dames weckte er gegen einen Soldaten namens Duhamet, daß dieser nicht ins Lande sein würde ihm die abgeschlachten Organe eines Deutschen nach der Schlacht zu bringen. Der Soldat Duhamet hat, wie der Berichterstatter Gabriel Neillard hinzufügt, diese infame Brette leider gewonnen.

Wir geben diesen Bericht wieder, nicht um deutsche Brutalitäten in Schutz zu nehmen, sondern um nach französischen Fällen zu zeigen (was für vernünftige Menschen eines Vemeines nicht bedarf), daß im Kriege auf beiden Seiten viele Untaten verübt wurden. Vor einer Woche mahnte der Ministerpräsident Briand bei einer Interpellation über die Erschießung zweier französischer Soldaten ohne Kriegsgericht und Urteil davor, überlebte Taten, die in der Erhebung der furchtbaren Not des Krieges geschehen sind, allzu streng zu beurteilen. Sollte diese Mahnung nur für Laten gelten, die von Franzosen begangen wurden?

Paris, 11. Juli. In einem Artikel, betitelt Deutschland am Scheidewege“, schreibt der „Temps“, die deutsche Presse scheine in ihrer Mehrheit die ungeheure Erregung nicht begreifen zu wollen, die die Leipziger Urteile in Frankreich auslösten, und wenn sie die Abberufung der französischen Delegation lediglich als Vorwand zur Aufrechterhaltung der Sanktionen auslege, so müsse eine derartige Insinuation den Fall noch erschweren. Wenn Deutschland die Aufhebung der Sanktionen fordere, was zweifellos sein gutes Recht sei, so solle es sich doch zunächst an die Leipziger Behörden, an die bayerische Regierung und die Herren Helfferich und Konjorsien halten. Das seien Leute, die aus Kastengeist oder Parteieresse einen Vorteil darin sähen, Deutschland aus der gegenwärtigen Lage nicht herauskommen zu lassen. Das Blatt beklagt sodann, daß die Einheitsfront der Alliierten gegenüber Deutschland zu einem Aufgehört habe, und fordert die Wiederherstellung der Gemeinschaft des Handels von England und Frankreich. Vor allem zwei Fragen erschöpfen eine rasche Lösung: die Teilung Ostschlesiens und die Stabilisierung des Marktes, wozu es einer eingehenden Prüfung der monetären Situation Deutschlands durch die Alliierten bedürfte.

Das Unglücksei Kleinstadtschicksale von Ferdinand Madlinger

(Schluß.)

Herr Sauerbrech hatte den Hut abgenommen und betrachtete durch seinen Glaskörpern bestürzt den gelben Fleck. Es war Eidotter. Auf die zerbrochene Eierchale am Boden deutend, sagte er zu dem Bürgermeister, der dem Vorgang mit schlecht gespielter Entrüstung zugehört hatte: „Ein Rabenei?“ Gleichzeitig nahm er den Kopf hoch und spähte nach dem Baum, von dem das Ei herabgefallen sein mochte. Aber kein Baum war weit und breit zu sehen. Der Affessor schüttelte den Kopf; der Bürgermeister tat desgleichen und sagte:

„Da, des ich jetzt amwer emol.“

„Ich habe gesehen“, fuhr Sauerbrech fort, „daß Raben und ähnliches Viehzeugs manchmal ihre Eier im Schnabel wegbringen nach andern Brutplätzen“. Er schaute wieder in die Höhe, aber weit und breit war kein fliegender Rabe oder dergleichen zu erblicken.

Die Waise des jungen Mannes lehrten wieder zur Erde zurück und blieben schließlich auf zwei schmutzigen, darfsüchtigen Raben hängen. Die waren jedoch aus dem Nest des letzten Hauses herausgestürzt und begannen nun mit dem Auf „Wu ich's? Wu ich's?“ auf der Straße eifrig nach etwas zu suchen.

Als der Bürgermeister die Waisen fragte, was sie suchten, antworteten sie: „Des Unglücksei!“ Und nun ging Lauterlich ein Licht auf. Er erklärte den Sachverhalt dem betroffenen Affessor, der immer noch mit dem Kopf in der Hand beiseite stand und sich nicht entscheiden konnte, mit seinem blühenden Taschentuch den gelben Brei abzuwischen. Herr Sauerbrech erfuhr auf diese Weise von einem seltsamen Ortsgebrauch, der ihm bisher fremd geblieben war.

Es kommt vor, daß Dühner einmal ein auffallend kleines Ei legen, das als „Unglücksei“ jedem richtigen Bauernmenschen bekannt ist. Eine gute Bäuerin weiß, daß diese Zufallszeugnisse ihren landläufigen Namen nicht umsonst führen, und daß das Unglück, das ein solches Ei unvermeidlich über Haus und Hof bringen würde, nur dadurch abgemindert werden kann, daß man das Ei über den Dachstuhl schleudert.

Der Affessor hörte nur mit halbem Ohr auf diese seltsame Kunde. Er ärgerte sich, und trotz des fröhlichen Bemühens, nichts davon merken zu lassen, wurde er einmal rot, einmal blaß. Und das umso stärker, als er in den pflügend verkniffenen

Gang offenbar arbeitet in Frankreich eine einflussreiche Clique daran, neue Gewaltmaßnahmen gegen Deutschland vorzubereiten, um den imperialistischen Plänen französischer Nationalisten Geltung zu verschaffen. Das Treiben kann noch zu bösen Situationen führen.

Der Heher Poincare

Paris, 11. Juli. Der ehemalige Präsident der Republik, Poincare, schreibt im „Temps“: Es ist gut, die Asten vom Leipziger Gerichtshof zurückzugeben. Wir sind berechtigt, in Frankreich eine Untersuchung in absehbarer Zeit einzuleiten. Aber beides ist nicht genug. Deutschland hat sich verfassungsmäßig verpflichtet, uns die Schuldigen auszuliefern. Es muß sie uns ausliefern, sonst verleiern es noch einmal seine Verpflichtungen. Wir sind also nicht nur berechtigt, Duisburg, Düsseldorf und Ruhrort nicht zu räumen, sondern stärker denn je die These wieder aufzunehmen, die Millerand im vorigen Jahre vor der Kammer vertreten hat. Da Deutschland sich in ständiger Auflehnung gegen den Friedensvertrag befindet, haben die Briten über die Besetzungsbauer des linken Rheinuferes noch nicht zu laufen begonnen. Wenn man Deutschland die neuen Verletzungen nachprüft, kann ist herauszusehen, daß diese Schwäche es immer mehr ermutigt, weil es an unsere Ohnmacht glaubt. Bis jetzt machte sich Deutschland lustig über uns. Lassen wir es gewähren, dann wird es uns schließlich demütigen.

Diesem gemeingefährlichen Hebekopfe ist es noch nicht genug des politischen und wirtschaftlichen Glends in Europa. Er hebt zu immer neuen Gewalttaten. Leider findet er in Frankreich nur zu viele willige Persönlichkeiten, die mit einem großen Teil Schuld an der heutigen üblen Lage in Europa tragen.

Die Schmach von Leipzig

Im neuesten Heft der „Klobe“ schreibt Hermann Wendel den Nationalisten und Aldeutschen u. a. folgende treffende Worte in Stammbuch:

„Die moralische Katastrophe für dieses System bedeuten in Leipzig die Sachverständigen. Hohe Militärs mit breiten roten Hofenstreifen, Generale, auch in der Republik noch in Amt und Würden, traten vor, hatten nichts auszusagen, lobten die Angeklagten als musterwürdige Soldaten und bedauerten anscheinend nur, daß sie keine Orden ausstellen konnten. Gestragt, ob Schläge ein erlaubtes Mittel gegen Gefangene seien, erwiderte der General v. Franck gleichmütig, das sei Angelegenheit. In der Tat, alles, was Menschenachtung und Menschenwürde angeht, war für dieses eiskalte und furchtbare, dieses preussische System seit jeher Anstandsfrage, und nur die Gewalt als Mittel zu jedem Ziel galt ihm als oberster, unverbrüchlicher Glaubenssatz. Im Frieden der Staat, und wenn die Waffen sprachen, der Krieg — dem hatte sich alles, aber auch alles unterzuordnen. Dieses System lehrte im Handbuch des deutschen Generalstabs für den Krieggebrauch, daß humanitäre Rücksichten, Schonung von Menschen und Gütern nur in Frage kommen könnten, „soweit die Natur und der Zweck des Krieges es erlauben“; dieses System verbot durch Hindenburgs Mund, daß die grausamste eigentlich die humanste Kriegsführung sei, weil sie den Krieg abkürze; dieses System steckte in Belgien Dörfer in Brand und vollzog Massenmordtaten an Unschuldigen; dieses System hat die nichtswürdige Verhöhnung der belgischen Bevölkerung, die Somme-Wüste, die Verführung der nordfranzösischen Bergwerke, die Zorpedierung der „Lusitania“, die Duldung der Armeniermordeleien auf seinem Gewissen und blüht sich trotz allem noch heute dreist und gottesfürchtig wie am ersten Tag.“

Was Scharnhorst, unter den Heerführern Preußens einer der größten, weil vielleicht der menschlichste, anno 1794 einem Freunde schrieb: „Die militärische Ehre und, ich fürchte, der Geist der deutschen Nation wird durch diesen Krieg schwer verwundet“, kann als Leipziger Urteil über den hundertjährigen Jahre später beginnenden Weltkrieg stehen. Das das, was man militärische Ehre heißt, durch die in Leipzig dargebotenen Kopisproben deutscher Kriegsführung beschmutzt wird, hat selbst der Senatspräsident des Reichsgerichts zugegeben, der gewiß kein grundsätzlicher Gegner des wilhelminischen Deutschland ist. Aber auch der Geist der deutschen Nation scheint durch den Krieg so schwer verwundet, daß viele unter dem Einfluß der nationalisierenden Hege in den Angeklagten und Verurteilten von Leipzig wirklich nationale Märtyrer sehen. Mögen sie ihnen Vorbec-

Augenwinkeln des Bürgermeisters ein verächtliches Lächeln ehe-licher Schadenfreude glauben blühen zu sehen.

In beschleunigter Gangart ging es wieder dem Rathaus zu, und es war in der Tat ein Anblick, bei dem man schwer ersticken konnte, als der Affessor dahinstürzte im freierlichen Schwarz des Anzugs, mit dem gelben Haas an Hut und Brust, wie ein mit Ginfirsträucher geschmückter Hochzeitsläder.

Nachdem der Anzug im Rathaus durch einen Schneider fadmannlich und peinlich gereinigt war, fuhr der Affessor nach Steinach zurück. Und er war zuletzt noch froh, daß der Eierflats nicht das Einzige war, das er von der Tour davontrug. Denn der Vorgang mit dem Unglücksei war für ihn noch keineswegs erledigt.

Er überlegte sich, daß dieses Wesen mit Eiern ein großer Anflug wäre und sich unter Umständen zum öffentlichen Mißstand ausmachen könnte. Es konnten noch öfter Personen getroffen werden und an Leib oder Gut Schaden nehmen, wenn die ordnende Hand der Polizei nicht regelnd eingriff. Hier klaffte eine schmerzliche Lücke in der Gesetzgebung.

Andererseits drängte sich ihm mit aller Klarheit auf, daß ein solches Verbot dieser allhergebrachten Volkssitte bei dem abergläubischen Sinn der Bevölkerung Beunruhigung auslösen konnte. Einer weisen Obrigkeit waren somit die Wege ziemlich genau vorgezeichnet, wie eine weitgehende Schonung aller ehrwürdiger Gewohnheiten mit den unerlässlichen Forderungen einer neuzeitlichen Verlehrs Polizei zu verbinden war.

Der Affessor arbeitete also seine erste selbständige Verfügung aus, die alsbald in Mutfeld durch die Ortsbehörde bekannt gemacht werden mußte, des Inhalts, daß das Wesen der sogenannten Unglückseier über den Dachstuhl künftighin wegen der damit verbundenen Gefahr für vorübergehende Personen tagsüber zu unterbleiben habe und nur zu nachtschlafender Zeit vorzunehmen sei, jedoch nicht ohne daß die wachende Person sich vorher vergewissert habe, daß auf der Straße keinerlei Verlehrs von Mensch oder Tier mehr stattfindet.

Die Verfügung gefiel ihrem Verfasser, und er durfte überzeugt sein, daß sein hoher Chef nach seiner Rückkunft sowohl die Strenge als die Milde darin billigen und gutheißen werde. Mit einem Gefühlsfuß, das ein Mensch gar nicht nachempfinden kann, der niemals Ferienstellvertreter eines Oberamtmanns gewesen ist, unterlaute der Affessor den Erlaß mit seinem überstrotzenden Gemütsgefühl und daher gänzlich unerlehrlichen Namen. Ein Schauder der Hochachtung vor sich selber, die in aufrichtige Bewunderung überging, rieselte ihm den Buckel hinunter, als

fränge aufstülpen und Bildsäulen errichten! Es wird doch der Tag der Vernunft und Einkehr kommen, wo sich vielleicht auch der rotblütige Hebel der furchtbaren sittlichen Verwirrung dieser überhitzten Zeiten nur mit Scham erinnert.

Für die vorwärtsstrebenden werklätigen Volksmassen in Deutschland aber ist es längst keine Angelegenheit mehr, daß das in Leipzig zum weitestläufigen bloßgestellten System bis auf den letzten Stein abgetragen und daß auch dieser letzte Stein noch zu Staub zerstampft werden muß.“

Die Gestaltung der Zucker- und Milchbewirtschaftung

Der Vorschau des Reichswirtschaftsrates für Landwirtschaft und Ernährung beschäftigte sich, wie die „R.M.“ melden, in seiner Sitzung am 7. Juli mit der Gestaltung der Zuckerwirtschaft. Die geladenen Sachverständigen der Zuckerindustrie, (Vertreter der Fabrikanten, Angestellten und Arbeiter) und des Zuckerhandels erklärten übereinstimmend, daß für die Versorgung der Bevölkerung bis zur neuen Ernte ausreichende Zucker vorhanden sei, und die Aussichten für die neue Ernte so gut seien, daß ein ausreichender Zuckerbedarf der Fabrikanten der Bedarf reichlich gedeckt werden könne. Sie erklärten sich mit einer Aufhebung der Zwangsverpflichtung einverstanden, unter dem Vorbehalt, daß Vorzüge getroffen werden müßten, damit der Zuckerpreis sich etwa auf der bisherigen Höhe halte, weil sonst die Verpflichtungen gegenüber der Landwirtschaft aus den abgeschlossenen Nebenverträgen nicht erfüllt werden könnten. Nach längerer Erörterung kam der Ausschuss bei einer Einstimmhaltung einstimmig zu folgendem Gutachten:

Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft prüft sich für Aufhebung der Zwangsverpflichtung zum 1. Oktober 1921 aus. Da eine Zückerernte in Aussicht steht, mit deren Ergebnis der deutsche Zuckerbedarf gedeckt werden kann, ist durch Fortdauer des Zückerernteüberschusses eine überflüssige Zückerzufuhr zu verhindern. Das Verbot der Ausfuhr von Zucker ist bis auf weiteres aufrecht zu erhalten.

Der Ausschuss beschäftigt sich ferner mit den gegenwärtigen Verhältnissen bei der Milchbewirtschaftung. Ein Vertreter der Reichsstelle gab für die Unterschiede der Regelung in verschiedenen Kommunen die Aufklärung, daß zwar die Milchwirtschaft bei den Produzenten völlig frei, die Verteilung aber kommunaler Regelung überlassen sei. Die Kommunen haben verschiedene Systeme der Regelung gewählt. Meistens ist ein Teil der Milch für Kinder und Kranke rationiert, der Rest frei. Die Milch wird den Städten auf Grund der Milchlieferungsverträge geliefert, bei deren Aufschließung eine gewisse Konkurrenz unter den Städten erkennbar ist. Die Verträge werden meist vom konzeptionierten Milchhandel abgeschlossen, so daß die Versorgung allmählich in dessen Hände unter städtischer Aufsicht übergeht.

Lehrreiches aus der Gewerkschaftsbewegung

Die Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung im Januar 1919 brachten den sozialistischen Parteien einen ungeahnten Mitgliederzuwachs. Inzwischen ist eine entgegengesetzte Tendenz hervorgetreten. Neben der eingetretenen Wahlmüdigkeit war vor allen Dingen Verärgerung über den ungeliebten Bruderstreit in der Arbeitererschaft Schuld an diesem Verlust von sozialistischen Stimmen, der eine erhebliche Stärkung des Bürgerturns bedeutete.

Aus den in letzter Zeit erschienenen Berichten der Gewerkschaften zu ihren Verhandlungen geht hervor, daß sich in den gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter, trotzdem sie noch geschlossen sind und hoffentlich bleiben werden, das böse Bild zeigt. Auch hier war zuerst ein ganz ungewöhnlicher Aufschwung in der Mitgliederbewegung zu beobachten, der sich allmählich verlangsamte, um endlich in einen Stillstand einzutreten. Aus der letzten Nummer des Organs der deutschen Bauarbeiter, dem „Grundstein“ geht hervor, daß nichtigstens diese Organisation mit einem beträchtlichen Mitgliederverlust zu rechnen hat, von dem wahrscheinlich auch die anderen Gewerkschaften nicht verschont bleiben werden.

Der Verband zählte zu Beginn des Jahres 1920 423 353 Mitglieder. Diese Zahl steigt bis zum Schlusse des ersten Quartals auf 469 744 und erreicht am Schlusse des zweiten Vierteljahres die Höhe von 495 087. Im ersten Halbjahr 1920 hatte also der Deutsche Bauarbeiterverband rund 71 000 Mitglieder gewonnen. Dann trat die rückläufige Bewegung ein. Schon am Ende des dritten Quartals waren nur noch 453 516 und am Jahreschlusse gar nur noch 465 744 Mitglieder vorhanden. Im zweiten Halbjahr des Jahres 1920 verlor also der Verband von den im ersten Halbjahr gewonnenen 71 000 Mitgliedern fast 29 500. Der Gewinn für dieses Jahr belief sich auf genau 41 731

er daran dachte, daß mit dem Vollzug seiner Unterschrift sein erster Regierungserlaß Rechtskraft gewann. —

Und der Kartellprofessor? Ihm war nicht zu helfen. Der Affessor verführte ihn am Stammtisch auf „A.C.“, daß keine Naude jemals in das Reitenbische laufe. Er bedeutete dem eigenwilligen Affessor, daß er mit dieser Behauptung nur den Gemeinderat von Mutfeld ärgere, und er dürfe die Äußerung nicht mehr tun.

Gutwillig tat auch die Äußerung nicht mehr. Wenn späterhin wieder eine schwarzbraune, blasse Bräde das Reitenbische herunterfloh, daß in dem Reich alle Frischlein an Vergiftung starben, so pflegte der erbotene Gelehrte den vorbeigehenden Mutfeldern zuzurufen:

„Gelt, bei Euch hat sich wieder mal ein Gemeinderat gemaschen?“

Eingegangene Bücher und Zeitschriften

(Alle hier angeführten und besprochenen Bücher und Zeitschriften sind von unserer Parteibuchhandlung zu beziehen.)

Das soeben erschienene Jahressheft 1921 der „Babischen Heimat“ ist im Zusammenhang mit der diesjährigen Landesversammlung des Vereins in Donaueschingen ausschließlich der D a a r gewidmet und darf als äußerst wertvolle Bereicherung der Literatur jener Gegend und der babischen Heimatliteratur überhaupt angesehen werden. An die gediegenen Publikationen aus Vortragsbüchern, wie sie der Wüchermarkt gelegentlich aufwies, erinnern schon Papier und Ausstattung, bietet doch das Heft beinahe auf jeder Seite Illustrationen, die fast alle einem größeren Kreis bis jetzt unzugänglich waren. Schon das Titelblatt bedeutet eine seltene Freude: Der Altarplatz nach Mathias Grünewald, dessen Auffindung im letzten Jahr so großes Aufsehen erregte, liegt in guter Wiedergabe vor uns und offenbart eine unerhörte Größe künstlerischen Schaffens. Fern ausgesucht sind, um nur einiges hervorzuheben, auch die übrigen Reproduktionen nach den Kunstwerken der Donaueschingener Galerie, sowie jene nach den Skulpturen der Fürstlichen Hofbibliothek literarischer und musikalischer Art. Die Aufsätze geben die Anordnung, daß auf den ersten Seiten zunächst die großen Heftverfasser gegeben werden; dann folgen die Beiträge über die Landeskunde Donaueschingens; jetzt werden die Kreise weiter; nach geschichtlichen und volkstümlichen Sagen kommen Billigen Bräutlingen und Wäffeln zu ihrem Recht; eine Bibliographie beschließt das Heft.

Mitglieder. brachte keine Zeitraum um wieder augenblicklich net werden

„Aber Angaben an unseren in einem der des Jahre Verbänden Mitglieder. hande hätte im Ende de alleber; es Result ist Mitglieder, händen über den als u Mitglieder alleber, die so daß ein als nachgew Mitglieder nachgeweise

Man wir wo beobachtet mal für ir aber einer erangenen, politischen der Abgaur durch die si einem gewi aber sind Verbänden sicher nicht Gewerkscha

Es ist unklarheit, ungelöst mit den A werden. B werden darf

In S los gemacht ist“, sagen Kommunismus keinesfalls als antich jetzland in mofratifische Aber dank laut am 671 000 S letzten W 248 000!!!

Millionen Ströme den hall; die wollen“ de

Wenn der Deut macht bem seine Sellen nengebewerben groß, wenn jannovera deutschen

Die D. E. Ökonomi über den für die gemacht: Millionen (Lonen, 11 entpredie die Wohl; die 3-8,5 W

Der gang der halten, für Kurzarbe losenunnt Kurzarbe Sieht m gewerbe kann im Lage lau

Der meinen ist es tel Schmutz dung gek 136 Betr (2400) In teilweise

Die pierinlich im allge liches W von der bezhältnis

Bett feiten be Männer

Erle Nach ein benen w befinden in gee werden.

Einigungsfragen

Am Samstag trat der Landesparteitag der sächsischen Unabhängigen zusammen. Nachdem acht Tage zuvor die sächsische Landesversammlung unserer Partei zur Einigungsfrage Stellung genommen hatte, mußten auch die Unabhängigen das gleiche tun. Gegen 2 Stimmen bei einer Anzahl Stimmeneinstimmungen wurde die nachstehende, vom unabhängigen Landesvorstand vorgeschlagene Resolution angenommen:

„Zur Frage der Arbeitsgemeinschaften und der parlamentarischen Einheitsfront.“

1. Die Befreiung des Proletariats aus materieller und geistiger Not, aus Lohnsclaverei und politischer Bedrückung ist nur möglich durch Beseitigung der kapitalistischen Herrschaftsweise und ihres Leberbaues, des bürgerlichen Produktionsweise, die die sozialistische Gemeinwirtschaft ist. Die durch die formale Demokratie verschleierte Diktatur des Kapitals muß eine wirkliche, auf Gemeinamkeit des Besitzes der Produktionsmittel beruhende sozialistische Demokratie sein. Das ist aber nur zu erreichen durch die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat, die erlangt werden muß unter schärfster Anwendung aller Mittel des Klassenkampfes. Putsch und sinnlose Gewalttätigkeiten führen ebensowenig zu diesem Ziel wie ein Zusammenarbeiten mit den bürgerlichen Parteien.

2. Der Kampf des Proletariats wird erschwert durch seine Zersplitterung in verschiedene Parteien. Es muß daher alles getan werden, um diesen Zustand zu überwinden und eine Einheitsfront des Proletariats herbeizuführen.

3. Die U.S.V. Sachsen befindet ihren festen Willen, an der Schaffung einer proletarischen Einheitsfront auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus mitzuwirken. Sie erklärt sich bereit, unter Wahrung ihrer Selbstständigkeit im Landtag und in den Gemeinden mit den anderen sozialistischen Parteien Arbeitsgemeinschaften zu bilden.

4. Diese Arbeitsgemeinschaften haben den Zweck, daß unsere Parteimitglieder im Landtag und in den Gemeinden in wichtigen, die Arbeiterinteressen berührenden Fragen eine Verständigung der proletarischen Parteien zur Wahrung der Arbeiterinteressen zu erreichen suchen.

Erst wenn die Grundauffassungen und demzufolge die Handlungen aller oder einzelner Parteien die gleichen sind, kann eine organisierte Vereinigung dieser Parteien angestrebt werden, die nur auf zentraler Grundlage erfolgen kann.

Gleichzeitig erklärt das Zentralkomitee der U.S.V. einen langen Aufruf, überdrückend: „Der Weg zur Einheitsfront des Proletariats“, der mit den Worten beginnt:

„In der Einnahme des zersplitterten Proletariats wird gegenwärtig viel gesprochen. Kein Zweifel, niemals war es zeitgemäßer und notwendiger, davon zu sprechen, als gerade jetzt. Wie zuvor war der Kapitalismus in höherer Bedrängnis als zur Zeit der Weltkriege. In die der Krieg ihn gestürzt hat. Die Kämpfe der vorgeschrittenen Arbeiterparteien sind gegenwärtig...“

Ihr füllt es, Ihr Arbeiter, Euch droht Untergang und Verderben, wenn Ihr nicht den Weg zueinander findet, wenn Ihr nicht zur Einigung im Klassenkampf kommt...“

Zunächst aber kann unnütze Zersplitterung und Kraftvergeudung vermieden werden. Das wird dort am leichtesten zu erreichen sein, wo der sozialistischen Arbeit bestimmte Ziele gesetzt sind, deren Erreichung von allen Arbeiterparteien angestrebt wird.

Die Arbeit in den Gemeinden und Landesparlamenten, denen durch die Reichsgesetzgebung enge Schranken gesetzt sind, kann oft in Gemeinamkeit erfolgen. Sie erleichtert die Bekämpfung ererbter Machtverhältnisse, die Durchsetzung gemeinsamer Forderungen, die Abwehr gegenwärtiger Vorherrscher.

In der Reichspolitik haben die sozialistischen Parteien hin und wieder in sozialen Fragen gemeinsam Forderungen gestellt und vertreten. Die wichtigsten, die Lebensinteressen der Arbeiter berührenden Fragen der Steuer- und Wirtschaftspolitik können den Anlaß geben zu neuen gemeinsamen Aktionen. Auf diese Weise kann das einheitliche Klasseninteresse der Arbeiter, Angestellten und Beamten gewahrt werden.

Das Klassenbewußtsein des Proletariats mit der richtigen Einsicht in die Bedingungen des erfolgreichen Klassenkampfes

zu verbinden, das ist das Ziel und Streben der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei.

Die Einigkeit des Proletariats läßt sich nicht erzwingen oder zwingen.

Die Einigkeit des Proletariats wird erzwingen in großen proletarischen Klassenkämpfen.

Die unabhängige Berliner „Freiheit“ fügt dem Aufruf erklärend hinzu: „In diesen Kommentaren wird zweierlei außer Acht gelassen, einmal, daß der Aufruf nicht von einer Vereinigung der sozialistischen Parteien spricht, sondern nur von der Notwendigkeit gemeinsamer Aktionen, und betont mit Nachdruck unseren Willen, auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes zu verharren.“

Und in einem Artikel, der sich mit den sächsischen Einigungsresolutionen befaßt, sagt die Berliner „Freiheit“:

„Es ist nicht von ungefähr, daß die Resolution für die Annahme der Einigung durch Bildung von Arbeitsgemeinschaften im Landtag und in den Gemeindevertretungen einstimmig angenommen wurde.“

Das ist ein Zeichen der Zeit, das unsere Partei nicht außer acht lassen darf...“

Die Aufgabe der U.S.V. muß es sein, diesen dunklen Drang in die rechte Wege zu leiten und dafür zu sorgen, daß die Sache des Sozialismus nicht durch unbedachte Ueberereilung Schaden erleide. Es könnte der Frage der Einigung nichts Schlimmeres geschehen, als daß die Reife dafür nicht abgewartet, sondern gewaltsam herbeizuführen versucht würde. Es läme eine Zwangsdehe heraus, in der beide Teile sich gegenseitig aufreiben würden. Solange in wichtigen grundlegenden Fragen noch keine Uebereinstimmung zu erzielen ist, kann eine willige organisatorische Uebereinstimmung nur als später zu erreichendes Ziel aufgestellt werden. Aber alles, was zu diesem Ziel führen kann, das sollen und müssen wir tun, und alle Hindernisse, die wir unbeschadet unserer Grundsätze der Bewegung zu diesem Ziele aus dem Weg räumen können, müssen wir beseitigen. Deshalb werden wir auch die Forderung der Rechtssozialisten nach parlamentarischen Arbeitsgemeinschaften ernstlich prüfen müssen...“

Daß die Einheit der politischen sozialistischen wie der gewerkschaftlichen proletarischen Bewegung das Ziel ist, das jeder ehrliche Sozialist anstreben muß, ist von uns immer wieder betont worden. Aber mit der unabhängigen „Freiheit“ stimmen wir darin überein, daß blinder Eifer hier den allergrößten Schaden anrichten würde. Die Einigung kann nur gleichsam etappenweise kommen. Zunächst müssen Art und Form des Austrags der vorhandenen Gegenstände eine solche werden, daß sie mit Kraftel nichts mehr zu tun haben. Dann wird sich, vielfach ohne besondere Abmachungen, in den Parlamenten ein öfters in die Entscheidung tretendes Zusammengehen in wichtigen Fragen einstellen; daraus können und werden sich schließlich Arbeitsgemeinschaften gegen die bürgerlichen Parteien und für die Arbeiterinteressen entwickeln — und das andere werden die Entwicklung und die immer schärfer auftretende Reaktion nebst den Machtgefühlen des Unternehmertums besorgen. Bei der Arbeit schwindet der Wortradikalismus, an Stelle des Sichberauschens an Redensarten tritt die nüchterne sachliche Erwägung und sie führt, verbunden mit der allen Sozialisten innewohnenden Kampfeslust und Energie auch zu Erfolgen.

Jetzt aber die beiden sozialistischen Parteien organisatorisch zusammen bringen zu wollen wäre glatter Unsinn. Die Voraussetzungen für ein gedeihliches organisatorisches Zusammenleben in einer Organisation fehlen momentan noch. Aber bei gutem und ehrlichem Willen auf beiden Seiten, werden sie täglich mehr geschaffen werden. Wir müssen uns, nachdem wir Jahrelang in bitterstem Kampfe gegeneinander gestanden haben, erst wieder aneinander gewöhnen, d. h. den ehrlichen Versuch dazu machen. Es sind Anfänge da, die aber nur sich hoffnungsvoll entwickeln werden, wenn in aller Ruhe und michterner Erwägung dem Ziel zugehrt wird.

Badische Politik

Die Wiederaufnahme des Grundstücksperzages

Wie bereits berichtet, hat die sozialdemokratische Landtagsfraktion einen Antrag eingebracht, indem sie ersucht, dem von ihr — dem abgeleiteten Entwurf des Verfassungsausschusses gleichlautenden — eingereichten Gesetzentwurf über den Verkehr mit Grundstücken die Zustimmung zu erteilen. In einer Anlage zum Antrag wird diese nochmalige Einbringung des Gesetzentwurfs von der sozialdemokratischen Fraktion wie folgt begründet:

Der badische Landtag hat mit Beschluß vom 13. Juni 1921 dem vom Staatsministerium eingebrachten Gesetzentwurf über die Änderung des Gesetzes vom 15. April 1919 über den Verkehr mit Grundstücken die Zustimmung versagt. Infolgedessen ist das Gesetz vom 15. April 1919 seit 16. Juni 1921 außer Kraft getreten. Der Verkehr mit Grundstücken ist im Lande Baden dadurch frei geworden. Es besteht lediglich die am 15. Juni 1921 erlassene Verordnung des Ministeriums des Innern über den Verkehr mit land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken, durch welche hinsichtlich land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke in der Größe von mindestens 3 Hektar die Beschränkungen in Kraft gesetzt worden sind, welche die Reichsverordnung vom 15. März 1918 enthält.

Die wenigen Tage, seitdem das Sperrgesetz erloschen ist, haben schon gezeigt, zu welchen unerhörten Schädigungen der Allgemeinheit insbesondere aber in den Städten der Mieter, auf dem Lande der landhungrigen Landwirte, die Freiheit des Güterverkehrs führt. Die Verordnung des Ministeriums des Innern vom 15. Juni 1921 genügt für die ländlichen Verhältnisse in keiner Weise, weil sie lediglich die Zerrückung der größeren landwirtschaftlichen Betriebe verhindert und verhindert will, dagegen hinsichtlich kleinerer Grundstücke sich jeden Eingriffs enthält, offenbar mit Rücksicht auf den durch die Ablehnung des Sperrgesetzes ausgedrückten Willen des Landtags. In den Städten werden die Mieter auf das allerschwerste geschädigt dadurch, daß sprunghaft die Grundstückspreise und insbesondere die Preise für Häuser hinaufschneiden, welche von den Vermietern zur Grundlage der Mietsberechnung gemacht werden. Außerdem beginnt bereits in zahlreichen Fällen eine Ueberforderung des Grundbesitzes. Angehörige von volutarischen Auslandsstaaten laufen zu für sie billigen, für das In-

land aber teureren Preisen wertvolle Grundstücke in den Städten.

Trotzdem diese erheblichen Schäden zum Teil schon wirksam gemindert sind, scheint es unumgänglich notwendig, eine Regelung des Grundstücksverkehrs wieder einzuführen. In dem Antrag wird vorgeschlagen, einem Gesetzentwurf die Zustimmung zu erteilen, der sich, von den Uebergangsbestimmungen abgesehen, inhaltlich und wörtlich demjenigen anschließt, was der Verfassungsausschuß dem Landtag in seinem Bericht zu dem Verfassungsausschuß über die Änderung des Gesetzes vom 15. April 1919 vorgeschlagen hat. Die Antragsteller sprechen die Hoffnung aus, daß der Landtag den Fehler, den er offenbar durch die Ablehnung des Entwurfs des Verfassungsausschusses begangen hat, durch eine baldige Erledigung dieses Antrags wieder gut macht.

Die ruhige, zielbewusste Arbeit der Badischen Politik

Die „Frankfurter Zeitung“ beschäftigt sich in einem längeren Artikel mit den im Herbst stattfindenden Landtagswahlen, wobei sie guttendend u. a. erklärt:

Die politischen Verhältnisse in Baden haben die deutsche Öffentlichkeit in der letzten Zeit wenig beschäftigt. Vielleicht zu wenig, denn es wäre mitunter ganz nützlich gewesen, wenn man anderwärts daran gedacht hätte, daß Bayern noch lange nicht Süddeutschland ist und daß — abgesehen von Württemberg — im deutschen Süden an der neuen Reichsgrenze gegen Frankreich der badische Freistaat, in ruhiger zielbewusster Arbeit sich konsolidierte, ohne viel Aufsehens und vor allem ohne dem Reich irgendwelche innen- oder außenpolitische Schwierigkeiten zu machen.

Weiterhin meint das demokratische Blatt dann: Eine maßvolle Politik der Regierung, die getragen ist von dem Vertrauen der alten Regierungskoalition des Reichs — Demokratie, Zentrum und Sozialdemokratie — hat diesen relativ ruhigen Fluß der politischen Entwicklung ermöglicht und erhalten.

Zum Schluß äußert sich der Artikel noch über Interna in der Demokratischen Partei wie folgt:

Leider hat die demokratische Landtagsfraktion und hat die ganze Partei überhaupt es nicht verstanden, den engen Kontakt mit der Wählerschaft herzustellen, der nötig wäre, um die geschädigte Politik der Landtagsfraktion parteipolitisch richtig auszuwerten. Mag sein, daß auch innere Schwierigkeiten in der Partei nach außen gewirkt haben.

Mitglieder. Aber auch das erste Vierteljahr des Jahres 1921 brachte keine Besserung. Der Verlust betragte sich in diesem Zeitraum um 7683 Mitglieder. Das zweite Vierteljahr brachte dann wieder eine langsame Zunahme der Mitglieder, so daß augenblicklich mit einem Mitgliederbestande von 470 000 gerechnet werden kann.

„Aber noch mehr“, sagt der „Grundstein“, „sind einige Angaben aus der eigentlichen Mitgliederbewegung geeignet, unseren um das Wohl des Verbandes besorgten Kollegen zu denken zu geben. Wie schon gesagt, begann das Jahr 1920 mit einem Bestande von 428 953 Mitgliedern. Dazu sind im Laufe des Jahres 195 173 neu eingetreten und 59 166 aus anderen Verbänden übergetreten. Der Zugang beträgt somit 254 339 Mitglieder. Mit dem aus dem Vorjahre übernommenen Bestande hätten somit 768 292 Mitglieder vorhanden sein sollen. Am Ende des Jahres zählte der Verband aber nur 465 744 Mitglieder; es fehlten demnach 212 548 Mitglieder. Von diesem Verlust sind als unvermeidbarer Abgang nachgewiesen 60 973 Mitglieder, nämlich 2995 gestorbene, 58 394 zu anderen Verbänden übergetretene und 1548 ausgeschiedene Mitglieder. Zu dem als unvermeidbar zu bezeichnenden Abgang von 60 973 Mitgliedern kommen als vermeidbarer Abgang noch 45 925 Mitglieder, die wegen Beitragsrückständen gestrichen werden mußten, so daß ein Verlust von 106 862 ausgeschiedenen Mitgliedern als nachgewiesen gelten kann. Der Rest im Betrag von 105 686 Mitgliedern ist wieder verloren gegangen, ohne daß der Verlust nachgewiesen ist.“

Man sieht also in den Gewerkschaften den selben Vorgang, den wir während der letzten Monate in den politischen Parteien beobachten konnten. Unterbräufende, die vor längerer Zeit einmal für irgend eine sozialistische Arbeiterpartei gestimmt haben oder einer freien Gewerkschaft beitraten, sind wieder verloren gegangen, ohne daß man weiß, wo sie geblieben sind. Für die politischen Parteien kann als feststehend betrachtet werden, daß der Abgang an sozialistischen Wählern verursacht worden ist durch die Kämpfe in der Arbeiterfront selbst. Das trifft in einem gewissen Grade auch für die Gewerkschaften zu. Daneben aber sind die unglückliche Wirtschaftslage, die in den meisten Verbänden erfolgte Beitragserhöhung und die Arbeitslosigkeit sicher nicht ohne Mitwirkung auf den Mitgliederbestand der Gewerkschaften geblieben.

Es ist notwendig, daß die organisierte Arbeiterfront nichts unterläßt, was geeignet ist, der Fluktuation aus den Gewerkschaften Einhalt zu gebieten. Durch den unangenehmen Kampf mit den Kommunisten ist die gewerkschaftliche Arbeit fast überall beträchtlich ins Hintertreffen geraten. Das muß anders werden. Der Kampf gegen jede Art von Gewerkschaftserhöhung darf unter keinen Umständen vernachlässigt werden.

Ziffern aus Sowjetrußland

In Sowjetrußland herrscht die Arbeiterklasse über die rechtlos gemachte Bourgeoisie, nicht wahr? Und „das Proletariat ist“, sagen Budarin und Probovsky in ihrem „ABC des Kommunismus“, „eine riesengroße Klasse, die Bourgeoisie ein kleines Häuflein“. Infolgedessen sieht das zahlenmäßige Verhältnis zwischen den Herrschenden und Beherrschten also aus: Sowjetrußland hat 110 bis 120 Millionen Einwohner. Bei einem demokratischen Wahlrecht ergäbe das 50 bis 60 Millionen Wähler. Aber dank der Entredung der Bourgeoisie zählt Sowjetrußland laut amtlicher Statistik des Vorjahres des Wahrgerechts nur 671 000 Stimmberechtigte! In die Arme traten davon bei den letzten Wahlen 340 000!!! Für die Volkswirtschaften stimmten davon 248 000!!! Die 248 000 Menschen unter hundert und elftischen Millionen sind die Basis der schwindelnd hohen Pyramide, deren Spitze Lenin und Trozky bilden; dieses 1/100 des russischen Volkes stellt die Rechtfertigung der Sowjetherrschaft durch den „Volkswillen“ dar.

Wenn sich in Deutschland eines schönen Morgens die Partei der Deutschhannoveraner (5 Reichstagsabgeordnete) der Staatsmacht bemächtigte, einen Weisenbringer zum Kaiser ausliefe und seine Selbstherrschaft über 65 Millionen Deutschen mit Reichsgewalt ausbreiten aufrecht erhielte, wäre die Größe nicht ganz so groß, denn immerhin hatten bei den letzten Wahlen die Deutschhannoveraner mit 318 000 Stimmen etwas mehr als 1/100 des deutschen Volkes hinter sich.

Volkswirtschaft

Die Lage der Textilindustrie in Sowjetrußland

O.E. Revul, 10. Juli. Im sowjetischen Wirtschaftsblatt „Leninisticheskaja Schin“, Nr. 139 vom 29. Juni ds. Js. werden über den folgeschweren Abgang der Erzeugung von Rohstoffen für die russ. Textilindustrie folgende ziffernmäßigen Angaben gemacht: die russische Baumwollenernte betrug vor dem Kriege 18,2 Millionen Pud (1 Pud = 16,38 Kilogramm), 1920 nur 1,5 Millionen, 1921 voraussichtlich 1,1 Millionen Pud; die Flachsernte entsprechend 25 Millionen, 2,9 Millionen und 2,5 Millionen Pud; die Wolleproduktion 6 Millionen, 3 Millionen und 1,5 Millionen Pud; die Ausbeute an Hanf 20 Millionen, 4,5 Millionen und ca. 3-3,5 Millionen Pud.

Soziale Rundschau

Die Lage des Arbeitsmarktes

Der in den letzten Wochen schon zu beobachtende Rückgang der Zahl der unterstützten Arbeitslosen hat weiter angehalten, sie ist von 4087 auf 3879 gesunken; hingegen ist die Kurzarbeiterziffer von 749 auf 1113 gestiegen. An Erwerbslosenunterstützung gelangten 288 476,28 M zur Auszahlung, Kurzarbeiterzulagen wurden in Höhe von 88 414,94 M gewährt. Sieht man von der Tatsache ab, daß Landwirtschaft und Baugewerbe sich in verhältnismäßig guter Aufnahmefähigkeit zeigen, so kann im großen und ganzen von einer erheblichen Besserung der Lage kaum gesprochen werden.

Der Geschäftsgang in der Maschinenindustrie ist im allgemeinen nach wie vor flau; in der Schmirgel- und Werkzeugindustrie ist es teilweise stiller geworden, hingegen ist in der Bergbau- und Eisenwarenindustrie auch diesmal wieder eine kleine Besserung gegenüber der Vormode zu beobachten. Zurzeit sind in 136 Betrieben 1600 Männer (in der Vormode 2000) und 2000 (2400) Frauen nur mit Kurzarbeit beschäftigt.

In der Textil- (insbesondere Seiden-) Industrie ist eine teilweise Besserung eingetreten. Die Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften in der Papierindustrie war in Versuchung und auch in Laer ziemlich gut, im allgemeinen besteht aber in der Papierindustrie ein erhebliches Angebot von Kräften bei geringem Bedarf. Dasselbe gilt von der Lederindustrie, während Holz- und Schnitstoffindustrie verhältnismäßig besser beschäftigt sind.

Betriebsbeschränkungen erfolgten infolge Absatzschwierigkeiten bezw. Mangel an Aufträgen bei 5 Betrieben, wovon 88 Männer und 20 Frauen betroffen sind.

Erleichterungen für Hinterbliebene von Kriegsteilnehmern. Nach einem Erlass des Justizministeriums soll den Hinterbliebenen von Kriegsteilnehmern, die sich in einer schwierigen Lage befinden, hinsichtlich der Abtragung ihrer Verbindlichkeiten in geeigneten Fällen weitgehende Erleichterungen gewährt werden.

Von einer „Krise“ innerhalb der Demokratischen Partei Badens zu sprechen, wie dies einzelne Zentrumsblätter getan haben, ist zweifellos nicht angehtig. Es ist auch nicht richtig, daß der demokratische Reichstagsabgeordnete Dietrich, wie außerbadische Blätter zu melden wußten, aus der demokratischen Reichstagsfraktion ausgetreten ist.

Die „Frankfurter Zeitung“ dürfte allerdings recht haben, wenn sie feststellt, daß der demokratische Abg. Dietrich nicht aus der demokratischen Reichstagsfraktion ausgetreten ist. Ob jedoch hierbei nicht der Nachdruck auf das Wort ist zu legen sein dürfte, mag nach den mancherlei Pressmeldungen der letzten Zeit eine andere Frage sein. Denn in der Herrn Dietrich sehr nachstehenden „Badischen Landeszeitung“ wird immer wieder Stimmung gemacht für einen das „gesamte Bürgerturn“ umfassenden „massiven Bürgerblut“, was auf gut deutsch „Schwarzblauer Blut“ heißt, und für die „Frankfurter Zeitung“ als außerhalb des demokratischen Rahmens liegend bezeichnet wird. Dem Blatt des heute noch in der Demokratischen Partei sich befindlichen Herrn Dietrich aber als Idealgebilde vorschwebt.

Der Landtagspräsident, das Grundstücksperregesetz und der Verfassungsausschuß

Der Sitzung des Verfassungsausschusses am Montag nachmittag, welcher über das von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachte Grundstücksperregesetz zu beraten hatte, war durch eine Zuschrift des Landtagspräsidenten Dr. Kopf an den Zentrumsabgeordneten Dr. Jehnter ein heftiger Austritt beschieden. Dr. Kopf hatte darin seinem Erstaunen Ausdruck gegeben, daß der Vorsitzende des Verfassungsausschusses, der demokratische Abg. Dr. Glöckner, das Grundstücksperregesetz, nachdem es einmal abgelehnt war, auf die Tagesordnung der Sitzung des Verfassungsausschusses gesetzt habe. Dr. Glöckner er wies diese Kritik scharf zurück, und die sozialdemokratischen Redner stimmten ihm zu. Der Landtag habe den sozialdemokratischen Antrag auf erneute Erlassung eines Grundstücksperregesetzes dem Verfassungsausschuß überwiesen. Wühin sei der Vorsitzende des Verfassungsausschusses durchaus berechtigt gewesen, eine Sitzung mit der vorliegenden Tagesordnung einzuuberufen. Die sozialdemokratische Fraktion wies noch auf den Postus in der Kopf'schen Zuschrift hin, daß der nächste Landtag den sozialdemokratischen Antrag erledigen solle. Man wisse ja, was Dr. Kopf damit habe erzielen wollen. Ein Redner der Demokraten verteidigt das Vorgehen des Vorsitzenden, während die Zentrumsredner, die sich hierzu äußerten, Dr. Kopf in Schutz nahmen. Er habe als Abgeordneter gehandelt, nicht als Präsident; eine Meinungsäußerung aber siehe jedem Abgeordneten frei.

Diese Geschäftsordnungs-Debatte wurde begrifflich in einem erregtem Tone geführt und nahm fast eine Stunde in Anspruch. Erst dann trat man in die sachliche Würdigung des sozialdemokratischen Antrages ein. Zum Berichterstatter wurde der Zentrumsabg. Dr. Baumgartner bestimmt. In einer Beschlusfassung kam es aber am Montag nicht. Abienung fand zunächst noch längerer Aussprache ein Antrag Jehnter, die Regierung um Erhebungen zu ersuchen, welche Erfahrungen mit der vor 4 Wochen erfolgten Aufhebung des Perregesetzes gemacht worden sind.

Die Sozialdemokratie erklärte, der Jehnter'sche Antrag bedeute für das Grundstücksperregesetz ein Begräbnis erster Klasse; sie lehne ihn rundweg ab. Es erfolgte denn auch die Ablehnung des Jehnter'schen Antrages mit 14 gegen 5 Stimmen, unter denen sich sogar einige Zentrumsabgeordnete befanden.

Von demokratischer Seite wurde dann Fortfall eines Absatzes des § 1a, der die zu hohen Preise der verkauften Grundstücke betrifft, beantragt; von Zentrumsseite wurde die Anfrage an die Sozialdemokratie gestellt, wie sie sich zur Begehung des § 5, der das Enteignungsrecht des Staates festlegt, stellt. Die sozialdemokratische Fraktion lehnte die beiden Anregungen ab; das Gesetz solle in der Form Gesetz werden, wie es am 18. Juni dem Landtag vorgelegen hat.

Eine Entscheidung konnte wegen der vorgerückten Zeit — nicht gefaßt werden. Erst in einer weiteren Sitzung wird über das Schicksal des badischen Grundstücksperregesetzes entschieden.

Wo sind die Kommunistenwaffen?

Der „Karlsruher Zeitung“ wird geschrieben: Die „Breisgauer Zeitung“ veröffentlicht in ihrer Nr. 173 vom 20. Juni eine Zuschrift „Gespensiterfurcht“, die sich mit Artikeln der Freiburger „Volksmacht“ über reaktionäre Umtriebe in Baden auseinandersetzt. Es besteht kein Anlaß, sich in diese Auseinandersetzung einzumischen, und es kann auch darauf verzichtet werden, hier ausführlich auf die Angriffe zu antworten, die von der „Breisgauer Zeitung“ gleichzeitig gegen den Minister des Innern gerichtet werden.

In dem Artikel wird aber, nachdem man sich über das Vorgehen gegen Reichs enttäuscht hat, geschrieben:

„Was geschieht aber nach links hin? Es gibt heute kein Land in der Welt, wo die Kommunisten eine derartig volle Bewegung und Tätigkeitsfreiheit haben, wie in Baden. Sie arbeiten direkt auf den Umsturz der Verfassung hin, sie bereiten sich ganz offen mit Waffen zu diesem Zweck. — Wo aber

hat man gehört, daß die Volkswacht sich wirklich darüber entzweit und Herr Kemmele wirklich energisch dagegen eingeschritten ist?“

Da der Verfasser des Gespenser-Artikels wirklich Wahrnehmungen gemacht, die ihn zu seinen Behauptungen berechtigen? Wenn das der Fall ist, wenn wirklich ebenso gehe, wie die vor kurzem aufgedeckten Waffenlager und Organisationen rechts- und links haben, so hat der Verfasser des Artikels, der für Ruhe und Ordnung eintritt, der eine staatsmännische Regierung verlangt, die staatsbürgerliche Pflicht, von seiner Kenntnis den einzig zweckmäßigen Gebrauch zu machen und den Minister des Innern oder seine Stellvertreter zu unterrichten. Im andern Falle kann er nicht den Minister belehren wollen, nach welcher Richtung er sich bewegen muß; darum: heraus mit diesen Kenntnissen! Sonst muß man annehmen, daß es sich bei dem Artikel der „Breisgauer Zeitung“ doch nur darum gehandelt hat, gegen den Minister, gleichgültig mit welcher unwachen Behauptungen, Mißtrauen zu erwecken und Stimmung zu machen, oder — daß der Gespenserfurcht-Artikel und die „Breisgauer Zeitung“ selber auf der linken Seite Gespenser seien.“

Die Gültigkeitsdauer des Verteilungsgesetzes

Beim Abschluß der 2. Beratung des Verteilungsgesetzes wurde der nachstehende Antrag einstimmig angenommen: Der § 35 erhält folgende Fassung: „Dieses Gesetz tritt, soweit nichts anderes bestimmt ist, rückwirkend auf 1. April 1920 in Kraft. Die §§ 2, 3, 4 und 29 treten mit dem 1. April 1921, der § 7 mit dem 1. April 1922, die §§ 8 bis 17 mit der Verkündung dieses Gesetzes in Kraft. Das Gesetz gilt, soweit nichts anderes bestimmt ist, für die Steuerjahre 1920, 1921 und 1922. Kommt eine neue gesetzliche Regelung vor dem 1. April 1923 nicht zustande, so bleiben die Vorschriften dieses Gesetzes bis zur gesetzlichen Neuregelung in Kraft.“

Bei der Abstimmung über das Verteilungsgesetz erfolgte einstimmige Annahme, beim Ertragssteuergesetz enthielt sich ein Zentrumsabgeordneter der Stimme, im übrigen wurde es ebenfalls einstimmig angenommen.

Weiter wurden noch die folgenden drei Anträge, die beachtenswert sind, angenommen: Beim Abt. 4 des § 29 (Verteilung der Schullasten auf Staat und Gemeinde) ist einzufügen: „Insoweit und solange eine Gemeinde für ihre Volksschule Aufwendungen im Sinne von Ziffer 2 Satz 1 und Ziffer 5 zu machen hat, bleibt sie im Genuß der in § 22 des Schulgesetzes vom 7. Juli 1910 bezeichneten Einkünfte; andernfalls sind diese Einkünfte von der Staatskasse zu übernehmen, die dann auch die darauf ruhenden Lasten zu tragen hat.“ Ueber die Definitivierung: Was ist eine Gemeinde, sagt der nachstehende Antrag: Der § 18 erhält folgende Fassung: „Als Gemeinden im Sinne dieses Gesetzes gelten auch die zu einer zusammengeschlossenen Gemeinde gehörigen Orte mit eigener Gemarkung und Vermögensverwaltung, sowie die abgeordneten Gemarkungen.“

Genossenschaftsbewegung

11. Badischer Handwerker-Genossenschaftstag

Am Samstag hielt in Karlsruhe der Verband badischer Handwerker-Genossenschaften seinen 11. Verbandstag ab. Verbandsdirektor Stadtrat Lacroix-Karlsruhe begrüßte die zu der Tagung in großer Zahl erschienenen Teilnehmer, besonders die Vertreter der Regierung und der Behörden, ferner den Vertreter des Ministeriums des Innern und des Landesgewerbeamtes Reg.-Rat Bucorius, den Vertreter des Finanzministeriums Reg.-Baumeister Schneider, Landeskommissar v. Wibleben, den Vertreter des Statistischen Landesamtes Oberreg.-Rat Hecht, die Vertreter der vier badischen Handwerkskammern, der Landeswirtschaftsstelle und der politischen Parteien. Auf die Begrüßungsansprachen erwiderten die Vertreter der Behörden und Körperschaften.

Nach Eintritt in die Tagesordnung sprach Vorstandsmitglied Bibliothekar Lohr über die wirtschaftliche Lage und die gewerblichen Genossenschaften. Er legte dar, in wie engem Zusammenhang das Genossenschaftswesen sein Wüßen und Gedeihen mit unserer wirtschaftlichen Lage zusammenhängt. Die vielfachen den Handwerker-Genossenschaften durch die Kreditgenossenschaften geleistete Hilfe sei dankbar anzuerkennen. Eine Erleichterung sei durch die fast völlige Aufhebung der Zwangs-Verschaffung gekommen. In diesem Zusammenhang, so führte der Redner weiter aus, wird der Kampf zwischen Individualismus und Sozialismus ausgetragen werden. Sein Ende kann nicht zweifelhaft sein und wird lauten Alle für alle, da uns Deutschen von den alten Germanen her der Sozialismus im Blute liegt. Die Sozialisierungsbestrebungen, die Bergesellschaftung macht Fortschritte, und zwar allein schon aus fiskalischen Gründen. Hierbei muß natürlich auch der Mittelstand berücksichtigt werden. Einen besonders schweren Stand werden in der nächsten Zeit die Baugenossenschaften haben. Wir anerkennen die Notwendigkeit der produktiven Erwerbslosenfürsorge (als öffentlichen Mittel), insbesondere auf dem Gebiete des Wohnungsbaues. Die Genossenschaften der Bauhandwerker verlangen vom Reich, den Ländern und von den Gemeinden hinsichtlich der Bauarbeiter-Produktivgenossenschaften, der sogenannten „sozialisierten Baubetriebe“, gleiches Recht für beide Genossenschaftsarten. Eine einheitliche Bezugsung der Bauhandwerker-Produktivgenossenschaften ist abzulehnen.

Was geschieht aber nach links hin? Es gibt heute kein Land in der Welt, wo die Kommunisten eine derartig volle Bewegung und Tätigkeitsfreiheit haben, wie in Baden. Sie arbeiten direkt auf den Umsturz der Verfassung hin, sie bereiten sich ganz offen mit Waffen zu diesem Zweck. — Wo aber

Nach den mit starkem Beifall aufgenommenen Ausführungen erstattete Syndikus Dolland den Tätigkeits- und Revisionsbericht. Er führte dazu aus, daß im Genossenschaftswesen die Wirkungen des Preissturzes im ganzen beträchtlich nicht so akut gewesen sind, wie man ursprünglich befürchtet hatte. Die Zahl der Neugründungen ist gering; ebenso aber auch die Zahl der Auflösungen. Der Gesamtumsatz sämtlicher Genossenschaften betrug im vergangenen Jahr schätzungsweise 116 bis 120 Millionen; der Reingewinn ungefähr 2 575 000 M. — An den Bericht schloß sich eine Aussprache, in der der Wunsch vorgebracht wurde, die Bestimmungen des Orts der nächsten Tagung bleibe dem Vorstand überlassen.

Gemeindepolitik

n. Langenheinbach, 11. Juli. Bürgerausschußfunktion Auf der Tagesordnung der Sitzung des Bürgerausschusses am letzten Samstag standen: 1. Zustimmung zum Vertrag zwischen politischer und Kirchengemeinde; 2. Sportplatz. — Bei Vorlage 1 erläuterte Bürgermeister Schöpffe den bisherigen vertraglosen Zustand und besprach den neuen Vertrag zwischen der politischen und Kirchengemeinde. — Im allgemeinen gab die Diskussion über ihre Zustimmung, nur meinte Gen. Karl Weder, daß die Gloden Eigentümer der politischen Gemeinde bleiben sollten. G.-R. Köhler ist der Ansicht, daß auch die evangelische Kirchengemeinde einen Anteil daran hätte und schlägt vor, daß man den Baragraphen durch eine Veränderung, als Stiftung der Gemeinde auslegen sollte. Bürgerm. Schöpffe erklärte sich mit diesem auch einverstanden. Alsdann wurde dieser Punkt zur Änderung zurückgestellt.

Der zweite Punkt Sportplatz brachte eine lebhaftere Bewegung in die Versammlung. Zunächst betonte Bürgermeister Schöpffe, daß über die Frage schon viel Unnützes, Willkürliches geschrieben worden sei. (?) Besonders bemängelte er ein Flugblatt, in dem u. a. auch das rüchthändige Gemeindeoberhaupt erwähnt worden sei. Alsdann gab er den Gemeindecatsbeschlus bekannt, dem Turn- und Sportverein die Erhaltungskosten von 5 000 M. zurückzuerstatten und den Platz an beide Vereine zu verpachten. — Verschiedene Ausschüßmitglieder machten sich besonders durch Zwischenrufe bemerkbar, die so richtig den „alten“ Standpunkt erkennen ließen. Gen. Karl Weder bat um Zustimmung zum Gemeindecatsbeschlus. G.-R. Köhler kann nicht verhehlen, daß die Gemeinde 5 000 M. hinauswürft, er tritt dem Arbeiterporbverein auch einen Platz zu überlassen. — Andere waren wieder der Meinung, daß ein Sportplatz überflüssig sei, „sie hätten auch nicht Fußball gespielt“. G.-R. Köhler meinte noch, daß die Gründung von Vereinen die Sitten lockere. Andere meinten wieder eine Spaltung des Turnvereins sei überhaupt überflüssig gewesen. Der Herr Bürgermeister Schöpffe glaubte, feststellen zu müssen, daß ein sozialdemokratischer Parteitagbeschlus in Baden-Baden die Jugend zu parteipolitischen Zwecken heranzuziehen, nun hier durchgeführt werden sollte! Er bemängelte noch das ärgersregende Herumlaufen der Sportler, das gegen die Sittlichkeit verstoße. Eine namentliche Abstimmung ergab Annahme der Vorlage mit 14 gegen 13 Stimmen, jedoch nun der Platz beiden Vereinen überlassen wird und der Turnverein 5 000 M. bekommt.

Endlich nun ist die Sache geregelt; nur ist bemerkenswert, daß bei diesen Sitzungen immer der „fremde Kerl“ — der Vorsitzende des Arbeiterporbvereins — mit einigen verächtlichen Bemerkungen von einigen Herren „beehrt“ wird, es wäre schade des Bürgermeisters gemeinen, diesen Steuerzahler gegen solche Bemerkungen zu schützen.

Manheim, 9. Juli. Der Stadtrat hat sich grundsätzlich bereit erklärt, eine etwa zu beantragende Wohnungs- und Bauhoff-Ausstellung in Manheim zu fördern. — Dem Antrag der Gewerkschaften auf Erlassung eines Ortstatuts, das bei Erteilung von Betriebskonzessionen die Prüfung des Bedürfnisses vorschreibt, wurde nicht stattgegeben.

Wengenbach, 9. Juli. Die Stadt hat 1918 für 50 000 M. Notgeld in fünfzig-Pfennig-Stücken prägen und ausgeben lassen. Am ersten Juli dieses Jahres war die Umlaufzeit dieses Geldes verstrichen, das Geld wurde wieder eingelöst, abgegeben wurde es in Höhe von 700 M.

Gerichtszeitung

Jugendliche Mörder. Drei jugendliche Angeklagte, die Tagelöhner Albert Binkler und Emil Krug von Heilsheim, hatten sich wegen Raubs, erschwerter Diebstahls und Totschlagsverdachts vor der Strafkammer zu verantworten. Nach vorheriger Verabredung drangen die kaum 17-jährigen Verbrecher in das Haus des Bahnarbeiters August Kallenmaier in Heilsheim ein, öffneten mit einem Dietrich die Wohnungstür und entwendten aus einem Schrank 1080 M. Als untermüdet Kallenmaier nach Hause kam, beleuchtete der Angeklagte Binkler den Zurückkehrenden mit einer Taschenlampe und feuerte er auf ihn einen Schuß ab, der ihn am linken Oberhüfte schwer verletzte. Krug stand währenddessen Wache. Der Angeklagte Binkler schob die Schuld der Anstiftung auf den Krug. Sie hätten ihr Geld auf dem Jahrmarkt ausgegeben und in Erfahrung gebracht, daß der Kallenmaier Geld zu Hause habe. Als Binkler den Schuß abgegeben hatte, entließ er; die Frau des Angeklagten konnte die Spange seines Ueberrockes abreißen. Nach der Tat fuhr Binkler von Bruchsal nach Mannheim.

Der historische Entwicklungsprozess und die Menschheitszukunft

Von S. Grünbaum-Karlsruhe

Was uns Deutschen vor allem, den anderen Völkern aber nicht minder, nottut, das ist der unbedingte Glaube an die Menschheitszukunft. Tief bis ins Herz hinein haben die Geschichtsschreiber seit 1914 all das verlegt, was Inhalt und Glaube jedes höheren Kulturmenschen war; fast verächtlich ist das greifbar gewesene Ideal das sich die Wesen der Menschheit von der Zukunft machten; fort ist das Eldorado, das eine leicht beschwingte Phantasie in nächster Zukunft einer glücklichen Menschheit leuchteten sah.

Gestehen aber ist uns aus dieser ungeheuren Katastrophe die pessimistische Skepsis, der nagende Zweifel sowohl am Aufstieg aus all dem Elend überhaupt, als auch am Aufschwung menschlicher Entwicklungsmöglichkeiten. Vom Glauben an Größes und Höchstes sind wir in die Gewohnheiten kleinster und kleinlicher Neckenkünsteleien gesunken. Dieser Pessimismus ist in erster Linie der die Entschlüsselung lähmt, der müde macht und uns verbindend unheimlicher Glaubens den Weg nach aufwärts zu bahnen und zu gehen.

Es ist deshalb nötig, in aller prägnanter Klarheit festzustellen, daß Europa, Deutschland, wir alle verloren sind, wenn es uns nicht gelingt, die müde Skepsis zu überwinden und den inneren Glauben an die Höherentwicklung der Menschheit zurückzugewinnen. Aus diesem Grunde müssen wir einerseits aus Selbsterhaltungstrieb all das ablehnen, was uns zum Fatalismus verurteilt, andererseits all das in den Vordergrund stellen, was uns frischen Lebensmut, neue Hoffnung gibt. Der Untergang des Abendlandes“, Spengler's vielgenanntes Buch ist deshalb, ohne daß eine wissenschaftliche Wertung der Einzelheiten hermit verbunden sei, im Ganzen genommen Gift für unsere Epoche, während die Werke aller Großen der Mensch-

heit, die der menschlichen Kultur, wenn auch mit Zwischenstufen Wege nach aufwärts zeigen, Lebenserwecker darstellen. Uns Sozialdemokraten ist in dieser Lage von vornherein durch unsere wissenschaftliche Tradition eine gewisse Linie nach aufwärts gegeben. Hegel's Philosophie, die Karl Marx die Methode zu seiner soziologischen Wirtschaftsforschung lieferte, ist es hierbei, die uns den Schlüssel in eine bessere Zukunft übermitteln. Heinrich Cunow hat daher recht, wenn er in seinen „Grundrissen der Marxischen Soziologie“ (Die Marxische Geschichte, Gesellschafts- und Staatslehre 1. Band, Buchhandlung „Vorwärts“ Berlin), die als Einführung in die Soziologie des Staates an erster zu empfehlen ist, neben Ausdeutung der anderen Faktoren, vor allem die Bedeutung Hegel's für das staats- und gesellschaftsphilosophische Denken in den Vordergrund rückt, damit von vornherein der Geschichtsbetrachtung einen jenseits wissenschaftlichen wie menschheitsfördernden Unterbau gebend.

Wie spiegelt sich nun in Hegel die Entwicklung? Sie spiegelt sich in der Weise, daß sich das gesellschaftliche Leben in einem kontinuierlichen Entwicklungsprozess befindet, in einer fortwährenden Umwidmung, einem stetigen Werden und Wiederwerden in veränderter Form. So erscheint ihm die Weltgeschichte als ein bald matt fortgeschlangelnder bald in hochantischen Ungeheim dahinstürmender Entwicklungsprozess der Menschheit. Mit dieser Fixierung hört aber auch die Entwicklung auf einen Verlauf zu sein, in dem nach und nach bestimmte feste, stabile Gestaltungen hervortreten, sondern sie ergibt sich als ein veränderlicher Komplex von Prozessen.

Wird jomach die Menschheitsgeschichte ein Komplex von Prozessen, durch die wir, wiederum nach Hegel, mit Naturnotwendigkeit hindurchmüssen, wobei nach marxischer Auffassung die Determination der im letzten Grunde ausfallgebende Faktor ist, so schrumpfen die heutigen Zerwürfnisse zu einem zu weiterer Fortentwicklung, die uns den Weg freimachen resultiert aus einer wirtschaftlich-politisch-gesellschaftlichen Struktur — das Zeitalter des kriegerischen Imperialismus — die angedeutet mangelnder starker Gegengewichte mit Naturnotwen-

digkeit kriegerische Zusammenstöße und als deren Folge Katastrophen bringen mußte, so können wir aus dem bisherigen Geschichtsverlauf der Menschheit aber auch folgern, daß der fernere Entwicklungsprozess der Menschheit wieder in die Höhe führt. Das gegenwärtige Hemmungsstadium in der Entwicklung wird zu einer Epizyde, über die hinweg der Weg nach aufwärts führt, dauernd sogar nach aufwärts führen muß, wenn es uns gelingt, — aber nur dann und hierin liegt die dem Menschen gebundene Freiheit im Entwicklungsprozess — die hemmenden Momente in der Menschheitsentwicklung auszumergen, soweit sie nicht Naturgegebenheiten sind. Als solch hemmendes Moment sind die Vergangenheit zeigte, insbesondere die nationalstiftlichen Vernichtungslehren, die bei passender Gelegenheit sofort in die Wirklichkeit umschlagen, zu verheben, die fern der berechtigten und notwendigen Betonung vaterländischen Volkens und Stammes das Wohl einer Nation sich nur denken können bei der Verdrückung der andern, während tatsächlich Mitleid eines Volkes Wohlergehen des anderen voraussetzt.

Heute sind wir durch die nationalstiftlichen Vernichtungslehren im bittersten Entwicklungsprozess so weit gekommen, daß es allen Völkern der Erde fast gleich schlecht geht. Unzweifelhaft als Sozialist muß nun sein, diesen negativen nationalstiftlichen Vernichtungslehren die positive Idee der Vernichtung der Antimittel im Rahmen eigenstaatlicher Völker gegenüber zu setzen und die Idee in die Wirklichkeit hinüber zu führen. Hierbei ist jedoch vor allem Aktivität notwendig, da in der Stunde des Neuaufbaues der Welt Schranken gälten und die Grundlage des jetzigen Neuaufbaues mit Naturnotwendigkeit die Folgerungen im weiteren Entwicklungsprozess der Menschheit nach sich ziehen. Präziseste Arbeit im Dienste des Gemeinwohlensgebantens ist deshalb beim heutigen Neuaufbau aufzu- und innenpolitisch voranzutreiben, da in ihm der Keim liegt für ein großes Stück der ferneren Gestaltung der Menschheitsprozesses und damit für die Beantwortung der Frage, ob das Elend unserer Zeit sehr rasch zu einer Epizyde im Menschheitsprozess wird, aus der Vaterländer und Menschheit verjüngt und gereinigt einer lichteren Zukunft entgegensteigen.

heim und von h...
region anberden...
wird er zurück...
die belgische Ge...
Er führte dann...
Der Angeklagte...
gezeigt habe W...
Kallenmaier...
hätten, habe ab...
einen Schuß gef...
mongetroffen...
wegen Totschlag...
ermordungsdelikt...
artikler Binkler...
Körperverletzung...
naten Gefängni...
Inhaftungshof, i...
nachdem er eine...
naren Unterfuch...
Weden Angefcl...
maute. Der An...
wurde abgelehnt.

Tafelberg.
heim unternahm...
gemeindepolitisch...
weil mit, um d...
1000 M. in d...
Kalleraum eine...
fene Kellerlinie...
bei ihrem Gant...
licher Heilrie...
der Tat u...
über wird l...
zu einer Gefäng...

Ein Verber...
hatten Weis-Re...
kollen, der zur...
Stufe befanden...
Koch aus Fre...
für Verber ber...
der Schweiz ge...
terzahlung erga...
Sünderland, d...
eine Vorpiegel...
sich zwei und...
der Strafkamm...
lebenswichtiger...
Kotte, beantrag...
Jahre Zuschuss...
Gerichtshof nat...
Angeklagten zu...
je 15 M ein...
aus dem Hfer...
lassen.

Fußball.
Gröbigen 1...
Faußballklub...
tergrundach...
grombach 84...
schäften: Unt...
angen 49; 51...

Untergr...
Gröbigen...
Aue...
Durlach...
Untergron...
schaften der G...

Jäten u...
Gaußarbeiter...
gleich bejeht...
schädigt sich...
Kochkati, Kap...
latendwie, Kap...
find zu reitn...
Wiederig ist...
endvieren w...
Weim Blumen...
die Blume ge...
ten werden...
Die im Früh...
Kerbelrüben...
entrant wer...
beete, die W...
früher Düng...
Gewürzkräut...
Lungesier m...

Der Sch...
schneidet von...
in die Gart...
bleibt die un...
an den Bod...
schlagen Wu...
werden. Man...
Boderung de...
von Düng...
setzen. Sei...
müssen gan...
schädlichen...
wachstames...
Im Kle...
der großen...
und peimlich...
ins Freie...
muß auch be...
zu denken;...
Koch für...
Geflügelstall...
werden. Ein...
nehmen Ein...
Appetit an...
und Schatte...
hört auf...
Die zum G...
Wochen lan...
sein. Für...
Koch gefor...
Paß auf...
troden.

heim und von hier nach Mannheim, um sich für die Fremdenlegen anwerben zu lassen. Infolge seiner falschen Papiere wurde er zurückgewiesen. Dann wollte er bei Herbesthal über die belgische Grenze, wurde aber in Aachen acht Tage festgesetzt. Er kehrte dann nach Hause zurück, wo er festgenommen wurde. Der Angeklagte Krug bestritt, daß Winkler ihm seine Pistole gezeigt habe. Winkler habe ihn überredet, ihn nach dem Hause Kattenmaiers zu führen. Er habe ihm den Schlüssel suchen lassen, habe aber das Haus nicht betreten. Er habe dann auch einen Schuß gehört und sei abends wieder mit Winkler zusammengetroffen. Der Staatsanwalt beantragte gegen Winkler wegen Falschschußverfuchs 4 1/2 Jahre und gegen Krug wegen Falschschußverfuchs 1 1/2 Jahre Gefängnis. Das Gericht verurteilte Winkler wegen schweren Diebstahls und gefährlicher Körperverletzung zu einer Gesamtstrafe von 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 2 Monaten Untersuchungshaft, und den Angeklagten Krug wegen schweren Diebstahls zu einer Gefängnisstrafe von 9 Monaten, abzüglich 2 Monaten Untersuchungshaft, und beide zur Tragung der Kosten. Beiden Angeklagten kam das jugendliche Alter strafmildernd zugute. Der Antrag auf Aufhebung des Haftbefehls für Krug wurde abgelehnt.

Tabakdiebe. Der Händler Leopold Oberst von Unterwiesheim unternahm mit drei Anderen im September 1919 einen reisegefährlichen Diebstahl. Sie brachten auch gleich ein Fuhrwerk mit, um den Raub ausführen zu können, den sie in Unterwiesheim mit Beschlag legen wollten. Sie suchten den Stellraum eines Tabakwarenhändlers heim und böhnten die verblödete Kellertüre an, wurden aber von einem Stationsauswärtigen bei ihrem Handwerk überführt. Der schon abgeurteilte Täter Herr Oberst wird wegen versuchten schweren Diebstahls im Rückfall zu einer Gefängnisstrafe von 10 Monaten verurteilt.

Ein Pferd diebstahl. Im März 1920 wurde an der Grenzstation Weil-Leopoldsdörfer ein Transport von 24 Pferden angehalten, der zur Ausfuhr nach der Schweiz bestimmt war. Die Mäntel befanden sich im Besitz des Pferdeshändlers Benjamin Roth aus Frankfurt a. M., der mit einem Durchfuhrschein für die Pferde versehen war, die von Holland über Deutschland nach der Schweiz geliefert werden sollten. Wie die eingeleitete Untersuchung ergab, bezog Roth die Pferde aus dem westfälischen Münsterland, der angelegte Ankauf in Holland war lediglich eine Vorpregelung. Der angehaltenen Sendung gingen vorher schon zwei andere mit zusammen 91 Pferden voraus. Vor der Strafammer in Freiburg, wo sich Roth wegen Verletzung lebenswichtiger Gegenstände nach dem Auslande zu verantworten hatte, beantragte der Anklagevertreter als Mindeststrafe ein Jahr Zuchthaus und 400 000 M. Geldstrafe gegen Roth. Der Gerichtshof nahm aber nur Haftpflicht an und verurteilte den Angeklagten zu 40 000 M. (Vierzigttausend) M. Geldstrafe oder für je 15 M. ein Tag Gefängnis. Die Einziehung des Gewinnes aus dem Pferdehandel bleibt einem besonderen Verfahren überlassen.

Jugend und Sport

Fußball. Freie Turnerschaft Bruchsal 1 — „Bahnhof“, Bruchsal 1:1 (1:2); 2. Mannschaften 2:6 (0:2).
Fußballspiele der Gruppe Durlach. A-Mannschaften: Untergrumbach — Gröchingen 7:70 Punkte; Durlach — Untergrumbach 84:91; Gröchingen — Durlach 68:72. B-Mannschaften: Untergrumbach — Durlach 55; Durlach — Gröchingen 49:51.

Stand der Spiele:

| Spiele | gew. | verl. | Punkte |
|---------------|------|-------|--------|
| Untergrumbach | 7 | 6 | 12 |
| Gröchingen | 7 | 4 | 8 |
| Durlach | 4 | 3 | 6 |
| Durlach | 10 | 1 | 2 |

Untergrumbach wäre somit Gruppenmeister der Herrenmannschaften der Gruppe Durlach.

Haus- und Gartenwirtschaft

Garten im Juli

Jäten und Hacken, Gießen und Düngen sind im Juli die Hauptarbeiten für den Kleingarten. Abgeerntete Beete müssen gleich befestigt werden; wer jetzt Land ungebaut liegen läßt, schädigt sich selber. Geplanzt können werden: Sellerie, Porree, Kohlrabi, Kopfsalat, Spinat, Fenchel, Radies, Winterrettig, Wintererbwie, Herbstrüben, früher Kohlrabi. Die Spargelbeete sind zu reinigen und nach künstlicher Düngung neu zu formen. Merkwürdig ist von den Seitenwurzeln zu berichten. Bei Sommererbwie wird das Kraut zum Weichen zusammengebunden. Beim Blumenkohl werden die oberen Blätter geknickt und über die Blume gelegt, damit diese weiß bleibt. Zieredeln, Schalotter werden aufgenommen, wenn das Kraut abgehoben ist. Die im Frühjahr ausgejäten Wintererbwie werden bepflanzt. Herbstrüben können aufgenommen werden. Erdbeeren müssen entrannt werden, wenn das noch nicht geschehen ist. Erdbeerbeete, die über drei Jahre stehen werden umgegraben und nach frischer Düngung mit Kohl oder bezweigen bepflanzt. Von den Gewürzkräutern sind Blätter und Stängel zu trocknen. Das Ungeziefer muß bekämpft werden.

Der Stachel- und Johannisbeeren selbst vermehren will, schneidet von den bereits vertriehenen jungen Trieben Stecklinge, die im Garten an schattiger Stelle zu hängen sind. Oder man biegt die unteren Äste nieder, befestigt sie mit einem Holzstaken an den Boden und bedeckt diese Stelle mit Erde. Die Zweige an den Wurzeln und können später vom Mutterstod losgetrennt schlagen. Nach vollendeter Ernte ist beim Beerenoft gründliche Boderung des festgetretenen Bodens und mögliche Beigabe von Dünger erforderlich. Beim Mooroft sind die Reize anzuheben. Seitentriebe sind zu entippen; überflüssige Triebe müssen ganz entfernt werden. Auch im Obstgarten ist den schädlichen Insekten und allen krankhaften Erscheinungen ein wachsam Auge zu leihen.

Im Kleintierhof ist zu sorgen, daß die Tiere nicht unter der großen Hitze leiden. Die Stallungen sind reichlich zu lüften und peinlich zu halten. Sofern es möglich, läßt man die Tiere ins Freie. Das Trinkwasser ist oft zu erneuern. Saubere Luft muß auch bei der Futtergabe herrschen. Dann ist an den Winter zu denken; es muß allerlei Heu, sowie Erbsen- und Bohnenstroh für Futter- und Streuweide eingemeldet werden. Im Geflügelhof muß das Ungeziefer ganz besonders bekämpft werden. Man sorge, daß die Tiere frische- und Sandbäder nehmen können. Große Abwechslung in der Futtergabe regt den Appetit an und kräftigt die Tiere. Enten müssen viel Wasser und Schatten haben, sonst gehen sie schlecht. Das Brutgeschäft hört auf, höchstens Truthennen brüten noch ein zweites Mal. Die zum Schlachten bestimmten Jungvögel werden ein paar Wochen lang gemästet; Enten müssen in zehn Wochen schlachtreif sein. Für Sauberkeit und frische Luft muß auch im Taubenstall gesorgt werden.

Fast alle Kübelpflanzen stehen im Laufe des Sommers zu trocken. Es muß täglich, auch bei Regenwetter, nachgesehen

Aus dem Raude

Freiburg, 11. Juli. (Ein frecher Diebstahl) Eine jugendliche Diebin ludte ein 13 Jahre altes Mädchen, das in Herdern Zeitungsabonnementsgelder einlegte, unter der Vorpregelung, es bekomme Kirchen, nach der Biegeln an der Winterstraße, wo es ihr gelang, dem Kind 250 M. und 31 Zeitungen aus der Hand zu entwenden. Die Diebin entfernte sich dann in Begleitung eines jungen Burschen, der offenbar Kosten gestanden hatte.

Unterseeffens, 11. Juli. Beim Einfahren des Morgenanges ereignete sich gestern hier ein schwerer Unglücksfall, dem jedoch glücklicherweise kein Menschenleben zum Opfer fiel. Der Gutspäcker Friedrich von Voedigheim wollte mit seinem Zweispännerfuhrwerk gerade die Straßenecke beim Bahnhof passieren, als der Zug kam. Die Lokomotive erlachte eines der Räder und geriet es vollständig, während das zweite Pferd sich losriß und unverletzt blieb. Die Insassen erlitten nur leichte Verletzungen. Die Lokomotive entgleiste, wodurch eine Verkehrsstörung eintrat, die erst nachmittags gegen 4 Uhr beendet war. Da das Pferd auf 30 000 M. geschätzt wird, ist der Schaden nicht unbedeutend.

Dierschopfheim, 11. Juli. (Unfall.) Der Lokomotivheizer Karl Moser, der mit dem Hülden von Kirchen beschäftigt war, fiel von dem Baum, der an einem steilen Rain steht, ab. Er wurde schwer verletzt nach Hause geschafft.

St. Blasien, 11. Juli. Die man hört, ist Hauptlehrer Knebel, nachdem er vor kurzem beurlaubt worden war, nunmehr aus dem Schuldienst entlassen worden. Gegen Hauptlehrer Knebel war kürzlich in der Öffentlichkeit der Vorwurf erhoben worden, daß er als Kompagnieführer im Inf.-Reg. Nr. 93 im Jahre 1918 desertiert habe und eine Französin namens Helene Emaer aus Gallun bei Bernau in Pfaffen, die seine Geliebte war und die er in deutsche Offiziersuniform gekleidet hatte, mitgenommen habe. Bei den Franzosen fand Knebel, nach einer im Willinger Volksblatt erfolgten Darstellung, aber nicht die erhoffte freundliche Aufnahme. Die in der Öffentlichkeit bekannt gemachten schweren Vergehen Knebels ergaben sich durch seine Dienstentlassung eine Bestätigung.

Aus dem Weental, 11. Juli. Die neue Autolinie Schönan-St. Blasien ist heute eröffnet worden und wird mit Wagen der Automobilgesellschaft St. Blasien betrieben, die vor kurzem von der Reichspost übernommen worden ist. Der Wagen geht von St. Blasien um 8 Uhr morgens ab und fährt dann über den Weisberg nach Schönan und zurück.

r. Bauerbach, 8. Juli. Sonntag, 3. Juli, veranstaltete der hiesige Radfahrerverein „Wanderlust“ ein Sporsfest, das in allen Teilen schön und harmonisch verlief. Leider hält es aber unser Ortsgeistlicher, Herr Pfarrer Herrmann, für unangebracht, für die nötigen „Nachwehen“ zu sorgen. Die Jungen, die beim Festzuge die Ordnungstafeln trugen, prügelte er andern Tages grün und blau durch. Die Jungen können sich aber trösten, denn die Mädchen, die bei der am gleichen Sonntag von Herrn Hauptlehrer Hedner veranstalteten Hausammlung zu Gunsten der Oberlehrer misfallen, bekamen auch ihre Prügel und dazu noch den christlichen Titel „S...“ und „S...“... Wenn gefammelt wurde, meinte der Ortsgeistliche, dann veranlasse er es, der Lehrer hätte in dieser Hinsicht nichts zu bestimmen usw. Angesichts dieses tolen Treibens ist es nun doch an der Zeit, daß diesen skandalösen Zuständen ein Ende gemacht wird. Die Zeiten sind vorbei, wo der Pfarrer allein regierte. Wenn sich der Herr keine anderen Umgangsformen aneignen kann, dann möge er sich baldmöglichst um einen anderen Wirkungskreis umsehen; auf derlei Kindererzieher verzichtet die hiesige Bürgerchaft.

Zeitartentartise der Eisenbahnen. Für die Dauer der gegenwärtig besonders ungünstigen Lage des Arbeitsmarktes ist, wie uns die Presseabteilung der badischen Regierung mitteilt, als Notstandsmaßnahme eine Ermäßigung der Preise für Monatskarten, Schülermonatskarten und Wochenkarten in Aussicht genommen. Die Ermäßigung soll denjenigen Reisenden eine Erleichterung gewähren, die die Eisenbahn täglich zwischen ihrem Wohn- und Arbeitsort benutzen müssen und daher von der am 1. Juni eingetretenen Tarifserhöhung besonders betroffen werden, ob das Gelingen notwendig ist, sonst kann sehr leicht Vorkantrosenheit eintreten, und dann ist es mit der Pflanze vorbei. Besonders bei anhaltendem Regenwetter wird angenommen, daß das Gelingen nicht notwendig ist, und so merkwürdig es klingt, leiden die Pflanzen gerade bei Regenwetter sehr oft an der Trockenheit.

Beim Anpflanzen von Topfpflanzen muß die alte Erde entfernt werden. Man entfernt zunächst die obere nicht von den Wurzeln durchgogene Schicht und lockert dann mit einem spitzen Holz den ganzen Ballen derartig, daß die filzigartig verwachsenen Wurzeln entwirrt werden. Die losgelassenen Wurzeln, die herabhängen, werden mit einem scharfen Messer zurückgeschneiden.

Sehr schöne Einpflanzpflanzen sind die verschobenen Steinbrecharten. Schon das schöne, gleichmäßige Grün, das sich fast wie Samt ausnimmt, schmückt jeden Beetrand auf das Beste. Im Frühjahr kommen bei den niedrigen Sorten dann noch die kleinen weißen, gelben oder roten Blüten dazu, die den hübschen Eindruck noch erhöhen. Der Steinbrech ist äußerst dankbar. Wenn man von Fesseln reden will, so kann man nur die verhältnismäßig harte Vermehrung als solchen anführen, der aber die Anschaffung sehr erleichtert, denn mit verhältnismäßig wenig Pflanzlingen kann man ziemlich große Strecken bepflanzen. Zum gleichen Zweck seien die Sorten Armenia und teils rote, teils lauchgrüne, die nur 15 Zentimeter hoch wird und teils rote, teils weiße Blüten besitzt, ist uns eine Pflanze geworden, die mit weichen Blüten besitzt, ist uns eine Pflanze geworden, die mit dem Steinbrech in Wettbewerb tritt. Sie kann unter Umständen auch mit dem Steinbrech gemischt zur Einpflanzung verwendet werden. Sie bildet fast ebenso schöne immergrüne Polster, aus denen sich zur Blütezeit die hübschen Blütenbüschel hervorheben.

Der Schlangen- und Reptilienstaus ist eine reizende, sehr beliebte Anpflanzung mit frechen bzw. herabhängenden dünnen Gliedern und ziemlich fleischigen, herabhängenden gelbbraunen Stacheln. Die bis 8 Zentimeter langen Blüten sind purpurnot und die erst nach einem Jahre reifenden, hübschen Früchte haben einen stachelartigen Geschmack.

Bund für Volksbienenzucht. In den letzten Jahren hatten viele die Absicht, einige Bienenvölker aufzustellen, um Honig für den eigenen Haushalt zu erzeugen. Leider war es nur wenigen möglich, das Vorhaben verwirklichen zu können, weil es den meisten Bienenzuchtinteressenten an sachkundigen Beratern und durchgreifenden Hilfestellungen bei der Gründung eines Bienenzuchtvereins fehlte. Am diesem Uebelstande abzuheben, hat der Lehrer a. D. H. H. in Dorf Weidenburg i. M. einen Bund für Volksbienenzucht ins Leben gerufen, der sich vor allem die Aufgabes stellt, angehenden Bienenzüchtern Rat und Belehrung zu erteilen, ihnen die Anschaffung einiger Bienenvölker zu ermöglichen, sie instand zu setzen, einfache, praktische und billige Bienenviehungen, Geräte usw. erwerben und selbst herstellen zu können, kurz, Laufenden und Wartenden die Möglichkeit zu bieten, ohne viel Zeit- und Geldaufwand künftig mit bestem Erfolg an der Honigerzeugung teilnehmen zu können. Nähere Auskunft erteilt kostenlos der Bundesleiter Lehrer a. D. H. H. in Dorf Weidenburg.

fen werden. Der Notstandstarif für Monatskarten wird auf der Grundlage von 16 statt wie bisher 26 Einzelfahrtarten gebildet. Die Fahrpreise für Wochenkarten werden statt nach 1/10 zu 1/12 des Monatskartenpreises berechnet. Als Mindestfähre werden die Fahrpreise für 6 Kilometer erhoben. Der Preis der Schülermonatskarten beträgt die Hälfte des Monatskartenpreises. Da die Berechnung und der Umdruck der Zeitkarten längere Zeit erfordert, können die ermäßigten Tarife nicht vor dem 1. September 1921 eingeführt werden.

Auffindung der Leichen der vermissten Bürgermeister

Neckargemünd, 11. Juli. (Drahtbericht.) Heute vormittag wurden die beiden Leichen der seit 10 Tagen vermissten Bürgermeister aufgefunden. Schon gestern abend ist der Kriminalpolizei gemeldet worden, daß man zwischen Neckargemünd und Heidelberg, und zwar eine Viertelstunde von dem unweit vor Neckargemünd gelegenen Himmelbacher Hof entfernt, einen starken Leichengeruch wahrnahm. Bisher war in dieser Gegend nur sehr wenig gesucht worden. Heute morgen fand dort eine ausgedehnte und sehr sorgfältige Streife von Heidelberger Korpsstudenten unter Leitung von Heidelberger und Herforder Kriminalbeamten statt. Zehn Minuten vor 11 Uhr fanden die Suchenden zuerst die Leiche des Bürgermeisters Werner, etwa 20 Minuten später wurde auch die Leiche des Bürgermeisters Busse aus Herford gefunden. Die beiden Leichen lagen etwa 20-30 Meter unterhalb eines Weges am steilen Berghang. Sie waren vollständig mit Felsblöden bedeckt. Die Aufdeckung des ersten Fundes geschah dadurch, daß man Felsstücke liegen sah, deren Oberseite nicht nach oben, sondern nach unten lag. Es wurde dann weiter festgestellt, daß an einer Wegkreuzung ein förmliches Lager aus Moos und Tannenzweig errichtet worden war, in dem sich zweifelsohne der Täter längere Zeit, vielleicht tagelang, aufgehalten und auf passende Opfer gelauert hat. Er muß nach Lage der Dinge aus einem Infanteriegewehre auf die vom Königsstuhl herunterkommenden Herren geschossen haben. Bürgermeister Werner war entweder unterlegt geblieben oder nur leicht verletzt worden; denn er konnte noch etwa 80 Meter weit fliehen. Dort erreichte ihn dann entweder der nachgehende Täter oder er wurde an dieser Stelle, was ebenfalls nicht ausgeschlossen ist, von einem zweiten Täter niedergeschossen. Der Täter hat dann die Opfer den Hang hinunter geschleift und sie verbergen.

An der Stelle, von wo aus der Täter geschossen hatte, fand man das Schußfeld von Gebrüchern freigelegt, und auf einer Wache eine kleine Gabel, auf der er sein Gewehr aufgelegt haben muß. An dieser Stelle lag auch eine noch nicht abgeschossene Infanteriepatrone.

Am 2 Uhr nachmittags traf die Gerichtskommission aus Heidelberg ein und etwa 1 1/2 Stunden später kamen im Automobil Beamte der Heidelberger Staatsanwaltschaft mit dem bekanntlich unter dem dringenden Verdacht der Täterschaft verhafteten Eisenbahnkloster Siefert. Siefert wurde zuerst an die Leiche des Bürgermeisters Werner geführt, erklärte aber mit unbewegter Miene, er habe weder die Tat begangen, noch sei er jemals an diesem Orte gewesen. Dabei sind bekanntlich Beweismittel vorhanden, die ohne Zweifel zur Überführung des Verbrechens genügen dürften; es sei nur an den Brief des Oberbürgermeisters Busse und an die Schmutzstücke sowie daran erinnert, daß Siefert jogleich nach der Tat erhebliche Schulden bezahlen konnte. Siefert hatte sich drei Tage Urlaub geben lassen, die er angeblich in seinem Heimatort verbracht hat, um eine Erbschaft anzutreten. Diese Angabe hat sich als unwahr herausgestellt. Nach der Freimachung der ersten Leiche in Gegenwart des Siefert wurde dieser an die Leiche des Oberbürgermeisters Busse und an den eigentlichen Schauplatz der Tat geführt.

Fünfpromtente Teilschuldverschreibungen der Neckaraktiengesellschaft in Stuttgart

Die Zeichnung auf die zur Ausgabe gelangenden 350 Millionen Mark mündelschwerer Teilschuldverschreibungen der Neckaraktiengesellschaft in Stuttgart findet vom 11. Juli bis 15. September ds. Js. statt. Bekanntlich ist das Aktienkapital der Gesellschaft von 300 Millionen Mark vom Reich, von den Ländern Württemberg, Baden und Hessen und sonstigen öffentlichen Körperschaften sowie namhaften Industrie- und Handelsfirmen gezeichnet worden. Für die Teilschuldverschreibungen hat das ganze Vermögen der Gesellschaft. Sie werden außerdem durch Eintragung einer Sicherungshypothek auf den zu erwerbenden Kraftwerken sichergestellt. Zudem haben das Reich sowie die Länder Württemberg, Baden und Hessen für die Teilschuldverschreibungen, und zwar für Kapital und Zinsen die Garantie übernommen. Die Einführung der Teilschuldverschreibungen an den Börsen in Berlin, Frankfurt, Mannheim und Stuttgart ist beabsichtigt. Der Zeichnungspreis ist 90 Proz.; die Zahlung kann sofort erfolgen, wodurch der Zeichner jetzt schon in den Genuss der fünfprozentigen Verzinsung tritt. Zeichnungen werden außer von den offiziellen Zeichnungstellen von allen deutschen Banken, Bankiers und Sparkassen entgegengenommen. Die Teilschuldverschreibungen sind im ganzen Reich zur Anlegung von Mündelgeld zugelassen. Ausführliche Prospekte sind bei den Zeichnungstellen erhältlich.

Landesversammlung des Vereins Badischer Heimat

Donauwörth, 11. Juli. Unter starker Beteiligung aus der gesamten Bad. und aus allen Gegenden des badischen Landes begann am Samstag die Landesversammlung des Vereins Bad. Heimat. An interne Beratungen des Landesvorstandes schloß sich eine öffentliche Versammlung in dem neu eröffneten Kurhaus, wo zunächst Prof. Dr. Wingenroth-Freiburg über Kunst und Kultur in der Bad. im 19. Jahrhundert sprach. Der Redner wies zuerst auf die Mittelpunkt der Tagung hin, die den Schutz des Guten überall erstreben und erhalten will. Auf der Bad. sind 3 Kulturkreise deutlich zu erkennen, die bäuerliche, die städtische und die höfische Kultur. Diese haben im Laufe der Zeiten zahlreiche Bräuche hervorgebracht, die der Redner eingehend besprach. Eine besonders warme Unterstützung fand die Kunstpflege durch die Fürstenerbe. In einem weiteren Vortrag besprach Architekt Merkel-Freiburg hiesige Baukunst. Daß hierin der Verein praktische Arbeit leistet, zeigt der Wiederaufbau von Gunthausen, wo Dank der Unterstützung des bad. Arbeitsministeriums der Wiederaufbau in der guten alten Form erfolgt. — Den ersten Tagungstag beschloß abends ein Konzert der „Gesellschaft der Musikfreunde“, wo in sehr sorgfältiger Weise Süde von Konradin Kreutzer zur Aufführung kamen.

Am Sonntag vormittag wurden während des Hochamtes in der Stadtkirche eine Festmesse von Kalinoda und Lebeum von Kreutzer vorgetragen. Im Laufe des Vormittags folgten einige interessante Führungen durch die bedeutenden Sammlungen, die Donauwörth beherbergt. — Zu einem Volksfest im schönsten Sinne gestaltete sich der Trachtentzug, der sich nachmittags unter Anteilnahme der weitesten Kreise der Bevölkerung durch die Straßen der Stadt zur Festhalle bewegte. Die Teilnehmerzahl war eine sehr große, daß ein Teil der Vorträge im Freien gehalten werden mußte. Die Professoren Fischer, Wingenroth und Fehle sprachen über Theatromata, die mit den Zielen des Vereins in enger Verbindung stehen. Dazwischen fielen wertvolle musikalische Darbietungen.

Deutsche Turner und Kriegerverein Arm in Arm. Aus Sondersheim wird uns geschrieben: Sonntag, 8. Juli, veranstaltete die deutsche Turnerschaft hier ein Turnfest, zu dem die deutschen Turner aus den umliegenden Ortschaften erschienen waren. Dem Festzug schlossen sich alle bürgerlichen Vereine an, sogar der Kriegerverein, den man seit dem Umsturz nie mehr gesehen hatte, außer bei Begräbnissen. Der Zug bewegte sich zum Schloß, wo die Herrschaften die Parade abnahmen. Zur Feste war ein Schloßsträuße in auferstehen. So konnten die Deutschnationalen ihre Getreuen einmal wieder seit dem Umsturz mühen, zu welchem Zweck man die Turner vorgeschoben hat. Jetzt kann der Verlust auch mal allein unternehmen. Wir hätten von der ganzen Sache keine Notiz genommen, wenn nicht Arbeiter dabei gewesen wären, welche politisch und gewerkschaftlich organisiert sind und nicht genug über dieselbe Gesellschaft losziehen, welcher sie am Sonntag das Fest verschönern halfen. Etwas mehr Ehrlichkeit wäre also am Platze.

Die Versicherungsgesellschaften und das Ertragssteuergesetz. Eine mehrstündige Debatte lösten am Donnerstag vormittag im Haushaltsausschuß des Landtages mehrere Eingaben von Versicherungsgesellschaften aus, welche verlangten, bei der Regelung der Ertragssteuern die „besondere Lage der Versicherungsgesellschaften zu berücksichtigen.“ Der zugezogene Regierungsdirektor führte hierzu aus: In Baden laufen zur Zeit etwa 250 Mill. Prämien, gegen 70 Mill. vor dem Kriege. Im allgemeinen ist eine Erhöhung der Prämien eingetreten; es wird unter 7000 M keine Versicherung abgeschlossen. Das Aktienkapital spielt bei den Versicherungsgesellschaften nicht die Rolle, wie bei anderen Aktiengesellschaften. Die Versicherungslust hat, insbesondere auf dem Lande, zugenommen, obwohl nur ein Sechstel der badischen Landwirte gegen Hagel und nur ein Drittel der Landwirte gegen Viehschäden versichert sind. Im Jahre 1920 waren 4000 Landwirte mehr versichert, wie im Jahre vorher.

In der Debatte naherten sich die Ansichten der Sozialdemokraten und Demokraten. Die letzteren brachten Anträge ein, das Betriebskapital nur zu zwei Dritteln der Robeinnahme an Prämien gleichzustellen, während es nach der Regierungsvorlage voll einzustellen ist, oder den Abzug der Rückversicherungsprämien zu gestatten. Sie zogen aber diese Anträge, weil sie in ihrer Wirkung für Baden unwesentlich seien, wieder zurück. Sozialdemokraten wie Demokraten betonten, daß man die Versicherungen entlasten müßte. Unsere Partei insbesondere hob hervor, daß sie zwar die großen Versicherungsgesellschaften mit ihren hohen Gewinnen gern besteuern möchte, aber an die Volkshilfe und andere Versicherungen denke, die ihre Uebererschüsse fast ausschließlich den Versicherten zugute kommen lassen. Die sozialdemokratische Fraktion behauptete auch, daß sich die Landleute gegen Feuer- und Hagelschaden, Viehschaden usw. nicht besser versicherten. Denn treten solche Fälle ein, wie in Sondersheim und Baden, daß die Deckungsleistung aufgerufen werden müsse. Der Versicherungsgedanke müsse mehr wie bisher in das Volk hineingetragen werden.

Das Zentrum verhielt sich (mit einer Ausnahme) gegen die Verdrängung der Versicherungsgesellschaften ablehnend. Es wies hin auf die von diesen ihren Aktionären gezahlten hohen Dividenden. Auch habe man große Schwierigkeiten zu überwinden, bevor man seinen Schaden bei Feuer, Hagel und anderen Unfällen des täglichen Lebens vergütet erhalte. An sich geben Staat und Gemeinde Zuschüsse zur Hagelversicherung. Der Haushaltsausschuß einige sich schließlich dahin, die Versicherungsgesellschaften auf den Härteparagrafen zu verweisen. Ein Land allein könne nicht erreichen, daß die Prämien für die Versicherten vergrößert würden, wenn die Versicherungsgesellschaften nicht oder nur in geringem Umfange zur Erwerbssteuerverherangezogen werden. Diese Prämien würden für das deutsche Reich gleichmäßig festgesetzt.

Ein Raubüberfall bei Hinterzarten
Freiburg, 11. Juli. Am gestrigen Sonntag wurde um die Mittagszeit auf dem Emil Thomweg bei Hinterzarten ein Student aus Freiburg von zwei 19-20jährigen Burschen im Feuer getötet und, nachdem er das Verlangen abgelehnt hatte, von hinten durch zwei Revolverkugeln verletzt. Der Verwundete wurde von einem Pfadfinder, der gerade auf dem Weg zur Hütte war, angetroffen und nach Hinterzarten gefahren. Die zwei Burschen, deren Verfolgung von der Gendarmen sofort aufgenommen wurde, konnten noch am gleichen Tag in Neustadt verhaftet werden.
Wie weiter bekannt wird, hatte einer der Burschen, der den Studenten um Feuer und Angabe der Zeit bat, schon den Revolver bereit und gab, als Jansen weiter schritt, 5 Schüsse ab, von denen zwei trafen. Der Verletzte wurde in die Klinik nach Freiburg gebracht; Lebensgefahr scheint keine zu bestehen. Wie das „Echo vom Hochfist“ mitteilt, gelang es der sofort alarmierten Gendarmen von Neustadt, die beiden Burschen auf der Landstraße zwischen Lützel und Hölzlebrunn in der Nähe des „Neuen Vierhäusle“ festzunehmen. Beide sind kaum 16 Jahre alt!! Sie sind von zu Hause durchgebrannt und trieben

sich bereits seit etlichen Tagen auf dem Schwarzwald umher. Wie das genannte Blatt weiter meldet, handelt es sich um den Elektromonteurlehrling Alfred Vothhalter von Calw (Württemberg) und den Fabrikant der Otto Riepp, ebenfalls von Calw. Die Täter sind geschnitten. Nach ihrer Aussage wurde der Raubmordversuch mit kalter Ueberlegung ausgeführt. Das Geld war ihnen ausgegangen, und deshalb sollte der nächste Beste, der ihnen begegnete, niedergemacht und beraubt werden. (1) Riepp sollte das Opfer aufhalten und B. schoß. Die Aufregung in Hinterzarten und Umgebung ist begreiflicherweise sehr groß.

Aus der Stadt

Geschichtskalender
12. Juli. 1821 *Der Dichter und Soz. Robert Schweißel in Königsberg. — 1874 †Der plattdeutsche Dichter Fritz Reuter in Eisenach. — 1919 Die Entente hebt die Blockade Deutschlands auf.

Karlshöher Parteinachrichten
Eine Parteiverammlung
findet morgen Mittwoch abend 8 Uhr im oberen Saale des Konzerthauses statt. Es gilt in derselben zur Wahl-Konferenz, worüber Gen. Zrinis referieren wird. Stellung zu nehmen. Es ergeht an die Genossen und Genossinnen das Ersuchen, sich recht zahlreich einzufinden.

Mitteilungen aus der letzten Stadtratssitzung
Oberbürgermeister Hiltz. Der Stadtrat beschließt, der Sammlung zugunsten der notleidenden Oberbürgermeister, die in dieser Stadt nach der vorläufigen Feststellung des Ortsauschusses — ohne die bei den Banken eingekommenen Beiträge — den Betrag von über 40 000 M ergeben hat, aus städtischen Mitteln den Betrag von 10 000 M zu übernehmen.

Bekämpfung des Straßenhandels. Die Landeszentrale des bad. Einzelhandels hat beim Bezirksamt — R.D. — beantragt, den neuerdings immer mehr auf sich greifenden Straßenhandel zu untersagen, da durch diesen der einheimische Handel schwer geschädigt und überdies nur sog. Randschwarz betrieben werde. Der Stadtrat erklärt sich mit allen Maßnahmen einverstanden, die geeignet sind, im Rahmen der der Polizeibehörde zu Gebote stehenden Befugnisse das Ueberhandnehmen und die Ausweitung des fliegenden Straßenhandels zu unterbinden.
Anlage eines Höhenpunktes. Ueber das Stadtgebiet Karlsruhe einschließlich der Vororte soll ein Höhenpunkt durch das städt. Tiefbauamt hergestellt werden. Die Mittel für die Anschaffung von Geräten im Betrage von 24 300 M werden in den Voranschlag für das Wirtschaftsjahr 1921/22 eingestellt.

Förderung des Wohnungsbaues. Zur Erstellung einer Gruppe von 8 Einfamilienhäusern Ecke Hohenbergstraße und der Straße „Hinter der Kirche“ im Stadtteil Vorderland und zur Errichtung eines Einfamilienhauses an der Poststraße ebenfalls durch Private werden Darlehen im Betrage von 90 000 bezw. 52 000 M aus dem vom Bürgerausschuß hierfür bereitgestellten Mitteln zugesagt.

Das System ist schuld
Aus Angestelltenkreisen des Hauptverwaltungsamtes Karlsruhe wird uns zu dem in der letzten Woche in der Presse erschienenen Artikel betreffs Umanerkennung der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenen-Geldleistungen folgendes geschrieben:

„In einem am 30. 6. 21 im „Karlsruher Tagblatt“ erschienenen Artikel wird vom Hauptverwaltungsamt die Schuld an dem langsamen Fortschreiten der Umbereinigungen nach dem Reichsversorgungsgesetz 1920 dem Umstände beigemessen, das Personal müsse erst besser eingearbeitet werden. Die beim Hauptverwaltungsamt beschäftigten freigeberwirtschaftlich organisierten Angestellten legen gegen diesen Vorwurf energisch Protest ein. Diese Angestellten, worunter selbst Kriegsbeschädigte sind, haben es immer als ihre erste Pflicht gehalten, durch Einsetzung ihrer ganzen Arbeitskraft dafür zu sorgen, daß die Kriegsbeschädigten bezw. Hinterbliebenen möglichst bald in den Genuß ihrer wohlverdienten Bezüge gelangen. Es ist unferes Gedankens ein Uebing, wenn solche Behauptungen auf Kosten der Angestellten gemacht werden, und damit die Schuld hinsichtlich der langwierigen Durchführung des Reichsversorgungsgesetzes 1920, von dem in der Öffentlichkeit kritisierten — beim Hauptverwaltungsamt herrschenden — System, auf die Angestellten abgewälzt wird.“

Karlsruher Herbstwoche 1921
Veranstaltung eines Hauptmarktes für Schlacht- und Nutvieh, Ferkel und Pferde am Montag, den 26. September, die Viehhändler von Karlsruhe und Umgebung haben bereits zuge-

sagt, das Unternehmen durch starke Beschädigung sowohl des Schlacht- als des Nutviehmarktes zu unterstützen. Insbesondere soll auch bei Schlachtvieh auf hervorragende Qualität gesehen werden. Der Nutviehmarkt wird in der Hauptsache mit guten Milchkühen und Kalbinnen befaßt werden. Es soll jedoch mit den oberbadischen Viehhändlern verhandelt werden, um auch eine Anzahl guter Zuchtarren auf den Markt zu bringen, damit die umliegenden Gemeinden ihren Bedarf hier decken können. Für den Ferkelmarkt hat die badische Landwirtschaftskammer die Zufuhr einer größeren Anzahl guter Ferkel und Käufer für Mast und Zucht in Aussicht gestellt. Zur Beschädigung des Pferdemarktes sind schon Zusagen für Beschädigung des Marktes mit gutem Pferdmaterial eingegangen. Sowohl mit den einzelnen Händlern als auch mit den Organisationen derselben werden noch besondere Verhandlungen gepflogen werden.

Achtung! Fliegeropfer! Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen beruft auf Samstag, 16. Juli, abends 8 Uhr, in „Elefanten“, Kaiserstraße, eine Versammlung der Fliegerbeschädigten ein. Es wird zahlreiches Erscheinen aller Interessenten erwartet.

Verhütetes Eisenbahnunglück. In letzter Minute konnte der am Samstag nachmittag hier 2 1/2 Uhr fällige D-Zug Wien-Bonn und Barmen-Bonn-Strasbourg zum Salten gebracht und dadurch großes Unglück verhütet werden. Pflanzlicher Weise zeigte das Signal dem D-Zug freie Einfahrt an, während auf dem nämlichen Gleise ein Samstag verkehrender Personenzug eintraf. Ein Angestellter lief dem Schnellzug mit der roten Gefahrflagge entgegen, so daß der Lokomotivführer den Zug noch rechtzeitig zum Stehen bringen konnte.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Eheaufträge. Robert Fretz von hier, Kaufmann hier, mit Luise Greule von Mannheim. Karl Grimm von Freiheit, Kaufmann hier, mit Luise Bergmann von hier. Karl Heiser von Philippsburg, Post-Inspr. hier, mit Hilda Bernhardt von Lobfeld. Karl Wuchsmüller von Sträßburg, Steinbruder hier, mit Marie Weisweiler von Sodenheim. Bernhard Mehinger von Weier, Bahnarbeiter hier, mit Amalie Mehinger Witwe von Sandweier. Franz Eiß von hier, Schloffer hier, mit Feida Ebert von hier. Otto Hummel von Laxau, Sparkasten-Kontrollbeamter hier, mit Margaretha Dachtel von Münden. Karl Hurst von hier, Werkzeugmacher hier, mit Anna Kull von hier. Arthur Werner von Durlach, Bürogehilfe hier, mit Katharina Glaser von Sandhofen. Albert Schäufele von hier, Kaufmann hier, mit Elia Nagel von Blankenloch. Gustav Geiß von hier, Maler hier, mit Maria Ebel von Hundsbach.

Geschäftigungen. Wilhelm Jäge von hier, Monteur hier, mit Wilhelmine Fried Witwe von Endingen. Hermann Deß von hier, Kaufmann hier, mit Meta Goetsch von Weibitz. Adolf Götter von Heiligenberg, Schreiner hier, mit Josefa Götter von Anglingen. Karl Heß von Sträßburg, Stadtoberbauführer hier, mit Luise Wörner von Rutenberg. Jodor Solcberger von Holzmann, Metzger hier, mit Frieda Schürer von Lauf. Joseph Strümann von Weigheim, städt. Arbeiter hier, mit Elisabetha Strümann von Weigheim. Gustav Götting von Singen, Magistratur-Assistent hier, mit Feida Küberle von hier. Friedrich Wornhäuser von Unterweissheim, Notarhier hier, mit Erna Hörle von hier. Heinrich Ulrich von Weichingen, Kaufmann hier, mit Emma König von hier. Wilhelm Jäge von Neue, Warmerschleifer hier, mit Luise Kappler Witwe, von hier. Heinrich Heibelberger von St. Georgen, Schreiner hier, mit Leonie Gänger von Miesheim. Kurt Fuld-Traumann von Seidelberg, Kaufmann hier, mit Elise Kunkel von hier. Albert Angerer von Sinsheim, Gendarm in Forstheim, mit Maria Duffinger von hier. Rudolf Pippes von hier, Fab.-Arbeiter hier, mit Paulina Wlodner von hier.

Todesfälle. Eva Hise, alt 76 Jahre, Witwe von Franz Hise, Lazaretdiener. Gust. Reppel, Fabrik-Arbeiter, alt 21 Jahre. Gottlob Weigand, Fabrik-Arbeiter, Ehemann, alt 61 Jahre. Luise Kiefer, alt 62 Jahre, Witwe von Rich. Kiefer, Hof-Geiger, Hilda, alt 9 Jahre, Vater Kar. Hiltgerich, Wirt. Luise, alt 1 Monat 23 Tage, Vater Joh. Brenzel, Schmied. Oskar Hintermeier, ohne Beruf, alt 17 Jahre. Joh. Supperger, Zugemeister, Witwer, alt 55 Jahre. Josef Müntzer, Priv. Witwer, alt 63 Jahre.

Damen- Herren- LODEN- UND WETTER-MÄNTEL GUMMI-MÄNTEL Sporthaus Freundlieb, Karlsruhe, Kaiserstr. 185 Preisliste über Sporthausrüstung gratis.

Theater, Kunst und Wissenschaft
Konzerthausoperette

„Der Vogelhändler“
Es ist mehr denn eine bloße Redensart, wenn man sagt, die alten Stücke seien die „guten“, und hiesien es: Die Aufführung der Jellischer Operette „Der Vogelhändler“ am letzten Samstag bewies das Schlagend. Das Werk ist für die nächste Vorstellungsbühne vorgerichtet; es hätte dafür kein geeigneteres gewählt werden können. Ein recht sinnvolles Spiel, wie der Tiroler Vogelhändler schließlich trotz aller inneren und äußeren Hemmungen sein Liebchen, die Drieschrittel zum Weib gewinnt, — ein sinnvolles Spiel, das auch da, wo es zum Schwanke wird, doch im besten Sinne unterhaltend bleibt, so daß man auch bei diesen Stellen gerne beizuhören möchte. Man braucht nie mit dem Kopf zu schütteln, wie bei dem heutigen Operettenfrank mit seinem oft allzu „unnötigen“ Inhalt. Ohne besonders geistvoll zu werden, ist sogar jumeilen der Lustspielton getroffen. Die Musik Karl Zellers, der als österreichischer Geheimrat in seinem Werk nicht vor den fein gezeichneten Hölzlingen halt machte, birgt eine Fülle echter Wiener Walzerweise. Mit dem andern Werk, dem „Obersteiger“, des im Alter recht unglücklichen Komponisten erlangt der „Vogelhändler“ besonders in den über Jahren und später die stärksten Erfolge. Daß man ihn heute noch mancherorts willkommen heißt, zeigt auch die vor nicht langer Zeit stattgehabte Aufführung im Frankfurter Opernhaus. Und in der Tat, welche Musik liegt in dieser „Operette“! Da ist z. B. im ersten Akt das Lied „Schenk man Rosen in Tirol“, das, an sich schon eine Perle, in wunderbarer feinem und wirkungsvollem Aufbau zu dem Finale hinübergeleitet wird, — ein Stückchen, das keinem der heutigen so formvollendeten gelungen dürfte. Es erinnert in seiner weingelagerten Melodienführung an die Italiener, so wie manches wiederum auf Willkür und auch Suppé in der Art der Ausgestaltung hinweist. Alles jedoch, nicht zuletzt das bekannte Lied des zweiten Aktes, sind Gaben eines echten und rechten Musikers und wir wollen uns freuen, daß wir es nicht gelernt haben, in ungeteiltem Genuß uns noch heute an ihnen zu ergötzen.

Die Aufführung war wirklich erstklassig. Vor allem gebührt neben dem für uns das rechte Leben auf der Bühne besorgte Regisseur Carl Jellisch, dem Kapellmeister Alexander Federischer für die vorzügliche musikalische Durcharbeitung, bei der er sich auf das ausgezeichnete Orchester stützen konnte, besondere Anerkennung. Die Stimmen der großen Szenen wußte er besonders gut zur Wirkung zu bringen. Zunächst ist einmal für die Ausübenden die starke Inanspruchnahme des allabendlichen Auftretens einschließlich Proben usw. namhaft zu machen. Der nie versagende, durch die Klangkraft seiner Gesamtheit gerade auch für die Operette so besonders günstige Chor des Landestheaters gehört in diesem Zusammenhang mit berechtigter Unterbrechung genannt. Es ist erstaunlich, zu welcher Geschlossenheit sich das Ensemble in dieser dritten Vorstellung bereits zusammengelassen hat. Sola Karol als Kurfürstin, besonders im ersten Akt von feinem Humor, trat darstellerisch wie gefanglich „hohelits“voll aus dem Gange heraus. Die Christel von Anna Kainer war vornehmlich im Spiel von entzückender Frische, wie auch von gewinnender Herzlichkeit. Was übrigens einmal erwähnt werden muß: Die Dame ist, was laut launseligen geschichtlichen Ueberlieferung den allerjüngsten Menschenkindern passieren kann, jetzt schon eine historische Persönlichkeit: sie war nämlich das erste Kanari im „Dreimäderlhaus“. Emma Doll vertritt die weiblichen Rollen der älteren Jahrgänge mit großem Geschick und sehr gewählter Komik, die stets in den nötigen Grenzen bleibt und infolgedessen besonderer Hervorhebung bedarf. — Den Vogelhändler Adam sang Julius Steiner. Was die Zuständigkeit betrifft, wird ihm wohl keiner darin über sein. Er ist ganz eins mit der Rolle, die er zu einem vollen Erfolg führte. Dem Lied kam sein weiches, oft allzuweiches Organ sehr zu statten. Die in mehrfacher Hinsicht leichte Behandlung des Spiels traf den Naturbüchsen vorzüglich. Carl Jellisch als Baron Wepf schuf wieder eine ganz famose Figur. Die vornehme Art dieses echten Kanariens berührt ebenso sympathisch wie sein urtümlicher Humor. Dem Wetter Stanislaus verhalf Peter Honselaers durch ein flottes Spiel über das wenig einnehmende dieser Rolle hinweg. Ein Kabinettstück allerersten Ranges war das Professorenduo von Henry Berg und Hans Felder, die sich bei aller Komik von jeder berzeigenden Uebertriebung fern zu halten wußten und eine glänzende Probe echter Charakterisierungsfähigkeit gaben. So-

sef Gröhingers Dorfschule gehört aus dem ersten Akt zusammen mit den vier ergötlichen Gemeinde-Ausschuß-Mitgliedern noch genannt. Den übrigen eine Gesamterkenntung. Im ganzen: eine der vorzüglichsten Vorstellungen, die in den letzten Jahren auf unserer Operettenbühne zu sehen war. Sie wurde auch nach Gebühr gewürdigt. 1.1.

Prüfungskonzert des Mungischen Konservatoriums. Der zweite Tag der Prüfungskonzerte im Eintrachsaal verlief dem erfolgreichsten ersten entsprechend, durchaus programmäßig mit einer Mittagsabteilung für obere Mittelklassen und einer Abendabteilung für Oberlassen. Während erheuer sich in der Gesamtheit auf präsentiere, verdient die Abendabteilung ihrer verlässlichen Leistungen schon der Hervorhebung der Einzelnen, so z. B. das in reichem Maße hervorzuhebende Gesangsmaterial. Erwin Wehnes (M. Ciffer) Bariton zeigte Stärke und Wärme im Bajazoprollog, ebenso in Opernarien der von Herin Wehbecher ausgebildete Tenor Alfred Reisch, der den Namen seines Vaters alle Ehre macht und Vieles Erleben, Schülerin von Frau Großhopp-Schuhmacher, sang sehr angenehme Lieder von Brahms und Grieg, die ihr, wie den Herren sehr verzeihende Ehren einbrachten. Nicht weniger befriedigend bestanden die Instrumentalisten des Abends, den Luise Hertel (M. Dir. Mung) mit 3 Schopinnetuben Symphonisch, wenn auch etwas zaghaft suchend, einleitete. Besonders Interesse erweckte der temperamentvolle Vortrag eines Periol-Konzertes durch den sehr gewandten Geiger Robert Barth, Schüler von Frau Dir. Mung, ferner die sichere Musikalität von Karl Schotte aus der gleichen Klasse mit einem flüssig gespielten Gagny-Vollkonzert mit begleitendem Orchester. Emma Hill spielte mit technischer Präzision Chopins schweizerische Fantasia-Improvvisation cis-moll und machte darin ebenfalls ihrem Lehrer (M. Dinand) Ehre. Die sorgfältige Pflege der Kammermusik durch das Mungische Konservatorium erweckt der Rare und stimmungsvolle Vortrag zweier Sätze eines Klavierquintetts von Klugardt, worin mit den Streichern Mangler, Schotte, Schmidt (sämtliche M. Frau Dir. Mung) und dem Cellisten Gängin (M. Ciffer) und Vna Fertig von Dir. Mung ausgebildet, Klavierisch sicher am Fingel wirkend ein feinnünnig abgewogenes Ensemble sich vorstellte. Am Weisfall des wiederum gut besuchten Saales fehlte es bei keiner Nummer.

sonst des
Qualität ge-
apfische mit
n. Es soll
andelt wer-
Markt zu
Bedarf hier
Landwirt-
guter Per-
stellt. Zur
für Be-
angehan-
Organ-
lungen ge-

ber Krlegs-
nen beruht
„Gesanten“,
bisten ein-
wartet.

ute konnte
dige D-Zug
zum Hal-
werden.
Einfahrt
tag verhe-
Schnell-
Rotomo-
ten konnte.

rube
hier, mit
heit, Kauf-
Pfeifer von
n. Roben-
hier, mit
nger von
Blinde von
mit Feiba
-Kontrollen.
Karl von
hier. Kat-
Katarina
Raumfian
von hier,

teur hier,
um Draß
th. Doif
n. Gähler
aufstetig
rger von
F. Jofeph
Elifabetha
Negistra-
ich Born-
Görrie
hier, mit
Wannor.
Leinrich
Leontine
Heidelberg,
Algieer
inger von
Pauline

von Franz
alt 21
alt 61
n. Kiefer,
n. Wirt.
ed. Os-
ppberger,
n. Wit-
f. L.

EL
1785

sten M
urk-Wit-
tennung.
die in
en war.
f. L.

Der
ief dem
ig mit
einer
in der
g ihrer
ngelnen,
material.
rte und
a Herrn
Namen
Schil-
ngenehr
en sehr
end be-
eriel
in auch
erwiedie
rd den
u Dir.
aus der
ntonsert
nifcher
is-moll
Ehre.
lungje
Vortrag
in mit
imliche
Effler)
erlich
hemble
Saales

le. Sozialdem. Verein — Bezirk Biertheim. Die am
Donnerstag abend stattgefundene Parteiversammlung war sehr
interessant. Genosse Föder hielt einen sehr instruktiven
Vortrag über „Kommunale Wirtschaft“. Er warf einen
Rückblick auf die Entwicklung der Städte und Kommunabetrie-
be, die frühere und jetzige Finanzgebarung freisend. Neben-
her kam jedam auf die Kommunabetriebe zu sprechen und
betonte, daß sich dieselben selbst erhalten und in städt. Besitz
übergeben müssen. Den Bestrebungen auf Entkommunalisierung
sei entgegenzutreten. Uebergehend auf die politischen Tages-
fragen, streifte er die neue große Gefahr, die der städt. Bevöl-
kerung durch die Aufhebung der Zwangswirtschaft auf Brot-
getreide droht. Er erwartete von den einzelnen Stadtverwal-
tungen, daß sie diese Gefahr rechtzeitig erkennen und Schritte
daneben unternehmen, oder daß beizeiten für den nötigen Aus-
gleich in der Entlohnung der Arbeiter, Angestellten und Beam-
ten eingetreten wird. Zum Schluß sprach er die Hoffnung aus,
daß recht bald eine Einigung der sog. Arbeiterparteien
auslande kommt, damit eine geschlossene Front gebildet werden
könne. Reichert Beifall lohnte den Redner für seine Ausführ-
ungen. An der Diskussion beteiligten sich die Genossen Nie-
ger, Knobloch und B. Müller. Nach einem kurzen
Schlußwort des Referenten, in welchem er die Parteigenossen
aufforderte, in eine Agitation für unsere Partei einzutreten,
damit wir den kommenden politischen und wirtschaftlichen
Kämpfen gewappnet entgegenstehen können und nach einigen
geschäftlichen Mitteilungen des Vorsitzenden Genossen Mü-
ler konnte die sehr anregend verlaufene Versammlung ge-
schlossen werden.

Freiwilliges Urteil wegen unbedeutendem Bezug einer
Wohnung. Der Schreiner Otto Schedl aus Dachsen wohnte
mit seiner dreiföpfigen Familie in einer Notwohnung von
einem Zimmer und zog ohne Zustimmung des Wohnungsamts
in die Wohnung des Mitangeklagten Eichelhardt. Sein
Wohnungswechsel wurde als gegen die Vorschriften der Woh-
nungsregelung verstoßen erachtet und mit je 200 M Geldstrafe
bedroht. Auf ihre Berufung wurden die beiden von dem
Schöffengericht freigesprochen, da Schedl angab, ein
Beamter des Wohnungsamts habe erklärt, wenn er eine frei-
stehende Wohnung bekomme, könne er einziehen. Gegen den
Freispruch legte der Staatsanwalt Berufung ein. Der als
Sachverständige geladene Vorstand des Wohnungsamts Otto
Sauer hielt eine solche Auslegung eines seiner Beamten für
ausgeschlossen. Der Staatsanwalt beantragte Aufhebung des
Freispruchs, aber Ermäßigung der zuerst erkannten Geldstrafe.
Die Strafkammer schloß sich dem Freispruch des
Schöffengerichts an; die Kosten wurden der Staatskasse auf-
erlegt.

m. Dazlanden. Unter starker Beteiligung der Einwohnerschaft
hielt die „Freie Turnerschaft“ am letzten Sonntag
ihre diesjährige Schauturnen ab. Wenn auch der Verein
den Verhältnissen sowohl, wie dem idealen Zweck entsprechend,
über eine größere Anzahl Turner verfügen dürfte, so kann er
doch auf das ihm zur Verfügung stehende Material stolz sein.
Was an turnerischen Leistungen geboten wurde, war gut und
zeigt von einer guten Leitung seitens der Turnwart und Vor-
turner. Ganz besonders imponierend waren die Übungen, so-
wie das Auftreten der neugegründeten Damenabteilung, sowie
der Turnschüler. Wir möchten den Kreitleitern zurufen:
Schickt eure Kinder ins Turnen, haltet sie ab von den Löttern
der Straße, laßt sie von beruflichen Händen ausbilden, daß sie
dereinst würdige Träger der Arbeiterbewegung werden.

Reichsbanknoten zu 50 M vom 30. November 1918 haben
auf Grund der Verordnung vom 27. Dezember 1920 (R.G.B.
S. 2318) ihre Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel bereits
seit dem 31. Januar 1921 verloren. Sie werden nur noch bis
zum 31. Juli 1921 von der Reichsbank eingelöst, für die mit
diesem Zeitpunkt jede Einlösungspflicht endet. Die Besitzer sol-
cher Noten werden in ihrem eigenen Interesse erneut an deren
rechtzeitige Ablieferung erinnert.

Der Zentralverband der Invaliden und Witwen Deutsch-
lands (Ortsgruppe Karlsruhe) hielt im „Kronensaal“ seine erste
gutbesuchte ordentliche Hauptversammlung ab, in der
der Vorstand eine erfreuliche Zunahme der Mitgliederzahl und
trotz der vielen Schwierigkeiten, mit denen die junge Ortsgruppe
im ersten Geschäftsjahr zu kämpfen hatte, geordnete Verhält-
nisse konstatieren konnte. Der bisherige Vorstand, mit Aus-
nahme von 2 Beisitzern, die infolge Krankheit bzw. Wegzug
ausgeschieden, mit dem ersten Vorsitzenden E. Rimmelpa-
cher an der Spitze wurde einstimmig durch Affirmation wieder-
gewählt. Mehrfach wurde dem Wunsch Ausdruck gegeben, die
dem Verband noch fernstehenden Arbeitsinvaliden (Unfallbe-
schädigte), Altersrentner und Witwen in ihrem eigenen In-
teresse der Organisation beitreten möchten.

Nationales Wettschwimmen. Der Karlsruher Schwimm-
verein veranstaltete am Samstag und Sonntag im städtischen
Sommerbad am Rheinhafen ein nationales Wettschwimmen, zu
dem sich die städtische Zahl von 24 Vereinen gemeldet hatte.
Die Veranstaltung war begünstigt von prächtigstem Sommer-
wetter. Der Besuch war besonders am Sonntag mittag ein
erfreulich guter, ein außerordentlich starker. Es ist immer zu

begrüßen, wenn auch andere Sportveranstaltungen außer Fuß-
ball von der Bevölkerung beachtet werden und sich auch für
Turnen, Schwimmen, also für den wirklichen Sport end-
lich Interesse zeigt. Die Turner und Schwimmer sind ja auch
bescheiden, sie sind zufrieden, wenn statt der Tausende, die
zum Fußballspielplatz strömen, nur einige Hundert sich bei
ihnen einfänden. — Die Wettschwimmer wickelten sich unter
Oberleitung von Herrn Gustav Adenmarg, dem ersten
Vorsitzenden des Karlsruher Schwimmvereins, in flotter und
schöner Weise ab. Es wurde durchweg ein guter Sport geboten,
verschiedentlich gab es harte Endkämpfe. Im ganzen wurden
28 Wettschwimmen ausgetragen und 2 Wasserballspiele. Den
Löwenanteil der Siege errang der einheimische Verein,
Karlsruher Schwimmverein, der 7 Siege buchen
durfte; mit 4 Siegen konnte der S.V. Heilbronn die Heimreise
ins Schwabenland antreten; je dreimal gingen Mannschaften
des „Nedar“ Heidelberg und des 1. Stuttgarter Ama-
teur-S.C. als Erste durchs Ziel; zwei Siege errang der
1. Frankf. Schwimm-Club, der Schwimm-Verein
ein Mannheim und der Schwimm-Verein Neu-
stadt a. d. S.; und einen Sieg durften S.V. Baden-
Baden, der 1. Mainzer S.C., v. 1901 und der Damen S.V.
Neustadt buchen. Das Wasserballspiel gewann am Samstag
abend der S.V. Karlsruhe gegen S.V. Ludwigsburg
mit 3:2 Tore und am Sonntag der S.V. Mannheim gegen
S.V. Karlsruhe mit 3:1 Tor. Trotz der tropischen Hitze
hielten die Zuschauer bis zum Schluß des Schwimmens aus
und spendeten den Siegern jeweils lebhaften Beifall.

Die Befämpfung der Mäuseplage. Um eine möglichst
nachhaltige Befämpfung der stark in Erscheinung tretenden
Mäuseplage in die Wege zu leiten, hat der Stadtrat beschloffen,
für jede an die Gemeindeflektariate abgelieferte Maus eine
Prämie von 10 M zu bezahlen. Für das innere Stadtgebiet
kommt das städt. Gartenamt in Frage.

Zur Oberflächler-Sammlung. Wie bereits mitgeteilt,
beträgt das Ergebnis der Straßen- und Hausammlung für das
Oberflächler-Hilfswerk in Karlsruhe 40 000 M. Hätte nicht die
Ankunft der Witterung das von Ortsausschuß am vergangenen
Samstag für diesen Zweck veranstaltete Gartenfest in Stadt-
garten stark beeinträchtigt, so wäre ohne Zweifel das Ergebnis
noch ein weit besseres gewesen. Es stehen übrigens die bei den
hiesigen Banken gezeichneten Beträge noch aus, so daß mit einer
weit höheren Summe gerechnet werden darf; zumal auch die
Stadterwaltung sich zu einer Spende von 10 000 M entschlossen
hat. Vergleicht man die hiesige Sammlung mit derjenigen
der Stadt Mannheim, welche letztere etwas über 37 000 M be-
trug, so darf das hier in Karlsruhe erzielte Resultat geradezu
als ein glänzendes bezeichnet werden. Allen denen, die in so
uneigennütziger Weise sich in den Dienst dieses vaterländischen
Unternehmens gestellt, so insbesondere dem Gefangenen Lie-
berkranz dem Musikverein Harmonie, den Damen vom Noten
Kreuz, sowie den Anhängern und Mäcenen unserer Volkshalle
unter der bewährten Leitung des Rektors, sei an dieser Stelle
namens des Ortsausschusses herzlichster Dank ausgesprochen!

Erwischter Fahrraddieb. Gestern vormittag gelang es,
einen letzten Dieb aus Weidenau, welcher kurz zuvor
auf der Kaiserstraße zwischen Walb- und Karlsruher
Gartenverleih das Fahrrad im Wert von 450 M entwendet
hatte, in einem Hause der Kaiserstraße zu verhaften. Er wurde
ins Amtsgefängnis eingeliefert, das gestohlene Fahrrad ist wie-
der beigebracht.

Wegen Gaunerei (Kartenspieltagens) gelangte die Ehefrau
eines in der Kaiserstraße wohnenden Angestellten zur Anzeige.

Brand. Auf einem Lagerplatz Ecke Hirs- und Graf
Menastraße entstand in der Nacht vom 9. zum 10. Juli auf noch
unausgeklärte Weise Feuer, wodurch ein Schaden von ca. 1100
Mark verursacht wurde, der durch Versicherung gedeckt ist.

Diebstahl. Das Magazin einer Expeditionsfirma in der
Karl-Wilhelmstraße wurde in der Nacht zum 8. Juli erbrochen
und daraus eine Kiste Seife im Werte von 300 M von unbe-
kanntem Täter entwendet.

Verhaftet wurde ein Arbeiter aus Wödingen sowie dessen
Ehefrau, eine Kellnerin von hier wegen versuchten Raubs und
Beihilfe hierzu.

Valuta-Bericht vom 11. Juli

Markkurs in der Schweiz ca. 7.75. Auszahlung Holland
notierte 25 M per fl. Auszahlung Schweiz notierte 13 M per
schw. Fr. Auszahlung England notierte 285 M per Pfd. Sterl.
Auszahlung Frankreich notierte 6.00 M per frz. Fr. Auszahlung
Neupost notierte 78.40 M per Dollar.

**Wetternachrichtendienst der Badischen Landes-
wetterwarte vom 12. Juli 1921**

Vorausichtliche Witterung bis Mittwoch nach: Vielfach Ge-
witter, später Abkühlung.

Wassersstand des Rheins

Schutterinsel 1.30 Meter, gef. 12 Zentimeter; Reßl 2.25;
Magau 3.87, gef. 8.

Kleine Nachrichten

Mühlacker. Der Nachtschnellzug D 69 Frankfurt-Stutt-
gart-München ist heute Nacht 12 Uhr bei der Einfahrt in den
Bahnhof auf die Rangierabteilung eines Güterzuges aufgefa-
ren. Ein Teil der Rangierabteilung wurde schwer beschädigt,
der Schnellzug selbst blieb, da die Fahrgeschwindigkeit schon er-
heblich vermindert worden war, unbeschädigt. Auch die Rei-
senden blieben zum Glück unversehrt. Der Schnellzug konnte
nach 1 1/2 stündiger Verpätung seine Fahrt fortsetzen. Die Ur-
sache des Unfalls ist noch nicht aufgeklärt.

Mainz. Nach einer Meldung aus Mainz ist der unabhängige
Redakteur Löbe aus Barmen wegen Verleumdung von Mann-
schaften der Schutzpolizei in einem Presseartikel vom Schöffenge-
richt zu 1000 M Geldstrafe verurteilt worden.

München. Nach einer Meldung wurden an einigen Orten
am Starnberger See am Montag 9. M für den Liter Milch
verlangt. Auch sonst macht sich neuerdings eine Steigerung
der Preise für Lebensmittel und landwirtschaftliche Produkte
in Bayern geltend.

Magdeburg. Oberpräsident Göring hat sein Mandat
als Mitglied des Preussischen Staatsrats niedergelegt. An
seine Stelle tritt Landrat Bergemann aus Kalbe.

Oppeln. Das Erscheinen der „Oppelner Nachrichten“ ist
auf Veranlassung der interalliierten Kommission auf Grund
eines Artikels über den 12er Ausschuß auf 8 Tage verboten
worden.

Hamburg. Die Bürgerschaft Hamburg hat auf Antrag des
Senats 500 000 M für das oberflächliche Hilfswerk gestiftet.
Die Sammlungen in Hamburg haben außer dieser Stiftung
bereits 1 100 000 M gebracht.

Hamburg. Seit 8.50 Uhr Montag abends sieht ein Teil
der Schiffswerft von Blöhm u. Vogt in Flammen. Rauch-
und Feuerfäden sind in der ganzen Stadt sichtbar. Es handelt
sich um den Brand von Lagerhallen. — Bei dem Brande
auf der Werft von Blöhm u. Vogt wurde ein 60 Meter langes
Gebäude, in dem Korbflecken lagerten, vernichtet. Der Feuer-
wehrgang gelang es, die Gemerke der Nachbarschaft mit ihren
großen Gelbvorläufern zu schützen. Man nimmt an, daß das Feuer
infolge von Kurzschluß entstanden ist.

Berlin. (Privattelegramm.) In Berlin wurde gestern
eine Höchsttemperatur von 33 Grad Celsius im Schatten fest-
gestellt.

Berlin. Wie der „Berl. Vol.-Anz.“ aus Stettin meldet,
ist vom Kriegesgericht ein russischer Kriegsgefangener wegen ver-
suchten Straßenraubs zu 5 Jahren Zuchthaus, 6 Jahren Ehr-
verlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt worden.

Wien. Die Mittagsblätter bringen aus Belgrad Nachrich-
ten über in Sofia und einem Teil Bulgariens ausgebrochene
Agrarierunruhen und vollständige Fensurperiode in Sofia.

Paris. Nach einem Telegramm aus Washington soll
Präsident Harding vorgezogen noch erklärt haben, er werde die
Frage einer internationalen Abrüstungskonferenz in die Hand
nehmen. Eine Entschärfung wurde vorgehen vom Senator
Bomerene eingebracht und dem Marineauschuß überwiefen.

Paris. Nach einer Sabotagemeldung aus Madrid haben
die portugiesischen Eisenbahnen den Generalstreik erklärt.

Paris. Wie die „Agence Havas“ aus Casablanca meldet,
hat das dortige Kriegesgericht drei deutsche Fremdenlegationäre
namens Paulmann, Neß und Laurath zu je 5 Jahren Zwangs-
arbeit wegen Desertion verurteilt. Laurath, ein angesehener
deutscher Offizier, der im Kriege verwundet wurde und das
Eiserne Kreuz erhielt, soll der Anführer sein. Die Verurteilten
wollten sich nach der spanischen Kolonie Jini begeben, wobei sie
von eingeborenen Anhängern der französischen Wache festge-
nommen wurden.

London. Bei den Unruhen in der vergangenen Nacht in
Belfast sind mindestens 10 Personen getötet und 100 verwundet
worden.

London. In gewissen Gegenden von England ging der
Thermometer bis zu 33 Gr., was seit 40 Jahren nicht mehr fest-
gestellt wurde.

Paris. Nach Zeitungen sind vom 23. Mai bis 4. Juli nur
2 Millimeter Regen gefallen. Die größte Trockenheit in
Paris war bisher in der Periode vom 15. März bis 8. Mai
1893 zu verzeichnen, wo nur 3 Millimeter Regen fielen.

Schriftleitung: Georg Schödlin. Verantwortlich: für Ar-
tikel, Politische Uebersicht und Letzte Nachrichten Hermann Kabele;
für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der
Partei, Gerichtszeitung und Heuilleten Hermann Winter; für
Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genos-
senschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Giese;
für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Bis zu 4 Stellen
mit 1.20 die Zeile
Beratungsangelegen finden unter dieser Rubrik keine Aufnahme

Vereinsanzeiger

Karlsruhe. (Nichteingesellschaft.) Jeden Dienstag und
Freitag, abends 7 Uhr, Nebungsabend im Schreppischen Bier-
teller.

Fabrik-Niederlage Karlsruhe
der Bergisch-Märkischen Margarinewerke F. A.
Isserstedt A.-G., Elberfeld und Berlin-Pichelsdorf,
Aussere Konzern **Alloinhersteller der** **Qualitätsmarke** **Aussere Konzern**

Eshu

Margarine
Erst
Feinste Süßrahm-Butter

Erstklassige altbewährte Mar-
garine aus allerfeinsten Fetten
hergestellt, mit frischer Milch
verarbeitet, deshalb wie Tafel-
butter zu verwenden

Stets frisch ab Lager Karlsruhe — In den besseren
Geschäften zu haben

General-Vertreter Mondorf & Mellert, Karlsruhe
Telephon 4993 24 Luisenstraße 24 Telephon 4993

Geschäfts-Empfehlung.
Allen werten Gästen, Freunden und Be-
sammen zur gef. Mitteilung, daß ich mit dem
heutigen Tage das Restaurant

Zum goldenen Hocht

Steinstraße 4

übernommen und eröffnet habe. Ich werde
hiesig bemüht sein meine werten Gäste in jeder
Beziehung aufs Beste zu bedienen.
Im guten Zuspruch bittet 5155

Friedrich Decker und Frau
früher „Neuer Saalbau“, Wöhrburg.

Gleichzeitig danken wir unseren werten
Gästen für das Vertrauen, das sie uns im
„Neuen Saalbau“ entgegengebracht haben.

Rich. Kittel
Uhrmacher-Meister
Am Stadtgarten, Hauptbahnhof
Telephon 2540. 3000

**Moderne
Zimmer-Uhren.**

Billigste Bezugsquelle.
Größte Auswahl.
Reparatur - Werkstätte.

Baubund - Möbel

Verkauf gegen **Teilzahlung**

in jeder
Ausführung den
veränderten Verhält-
nissen in Bezug auf Preis
und Formgebung
angepaßt

Verkauf gegen **Barzahlung**
bei der gemeinnützigen Hausratgeellschaft
Bad. Baubund G. m. b. H.
Karlsruhe, Karl-Friedrichstraße 22
Eckhaus Rombelplatz, Fernsprecher 5157
Tägl. geöffnet: vorm. 8-12, nachm. 2-6 Uhr

Volkshandlung der sozialdem. **Adlerstr. 16.**
Partei befindet sich

